

Sperrfrist 21.11.2011 - 13.00 Uhr

Rechenschaftsbericht des Landeskirchenrates zur Tagung der Landessynode am 21. und 22. November 2011

Hohe Synode, liebe Schwestern und Brüder, verehrte Gäste,

Der Landeskirchenrat hat jährlich vor der Landessynode als höchstem Leitungsorgan der Lippischen Landeskirche Rechenschaft abzulegen. Die Synode ist darüber zu unterrichten, wie ihre Beschlüsse umgesetzt wurden, wie sich das geistliche Leben in der Landeskirche und ihren Gemeinden im Berichtszeitraum darstellte, welche Entwicklungen wahrzunehmen sind und wie darauf reagiert worden ist oder werden soll. Das soll auch heute in gewohnter Weise geschehen. Anders als sonst soll aber der *Horizont* des Rechenschaftsberichtes *erweitert* werden. Wir befinden uns in einer Zeit des Kirchenjahres, die das nahe legt: Hinter uns liegen der Vorletzte Sonntag des Kirchenjahres mit dem Thema des Endgerichtes und der gestrige Ewigkeits- oder Totensonntag, der gleichfalls den Blick auf das Ende der Zeit richtet. Vor uns haben wir die Adventszeit, die nicht allein auf das Weihnachtsfest sondern auch auf die Wiederkunft Christi in diese Welt vorbereiten soll. Der Wochenspruch für die vergangene Woche bringt auf den Punkt, worum es geht. Paulus schreibt an die Gemeinde in Korinth: „*Wir müssen alle offenbar werden vor dem Richterstuhl Christi.*“ (2. Korinther 5, 10).

1. Warum wir Rechenschaft ablegen müssen

Obwohl wir Sonntag für Sonntag im Gottesdienst bekennen, dass Jesus Christus kommen wird „zu richten die Lebenden und die Toten“, ist die Rede vom Gericht Christi in Predigt, Seelsorge und Unterricht unserer Kirche nicht eben populär. Das ist verständlich. Generationen von Eltern, Lehrern und Pfarrern haben ihre Kinder, Schüler und Konfirmanden in Angst und Schrecken versetzt, indem sie ihnen mit dem Gericht Gottes drohten und so das Wohlverhalten der ihnen anvertrauten Menschen erzwangen. Eines der prominen-

testen Beispiele für die Qual, die Menschen auf Grund solcher „Erziehung“ litten, ist der Augustinermönch Martin Luther, der in seiner Erfurter Klosterzelle verzweifelt fragte: „Wie bekomme ich einen gnädigen Gott?!“ Seine Antwort ist uns geläufig: Wenn wir fest auf Gott vertrauen und wenn wir uns im Leben und im Sterben auf ihn verlassen, kurzum: wenn wir *glauben*, dann *ist* Gott uns gnädig. Aber warum müssen dann noch alle vor dem Richterstuhl Christi offenbar werden?

Dass Christus kommt die Lebenden und die Toten zu richten ist ein *doppelter Segen*. Vor dem Richterstuhl Christi werden wir „offenbar“, wie Paulus schreibt. Das ist ein Segen. Niemand muss sich dann mehr verstellen, jeder kann dann sein, der er ist, jede kann sein, die sie ist. Was für eine befreiende Aussicht! Wenn wir vor Christus offenbar werden, werden auch wir selbst endlich die ganze Wahrheit über uns erfahren. Es ist ja nicht so, als ob wir immer so genau über uns selbst Bescheid wüssten und über die Motive unseres Handelns orientiert wären. Es gilt vielmehr, was Paulus in seinem ersten Brief an die Korinther schreibt: „*Wir sehen jetzt durch einen Spiegel ein dunkles Bild; dann aber von Angesicht zu Angesicht. Jetzt erkenne ich stückweise; dann aber werde ich erkennen, wie ich erkannt bin.*“ (1. Korinther 13, 12). Ein Segen ist das Gericht am Ende der Zeit aber besonders für alle, die in ihrem Leben nicht zu ihrem Recht gekommen sind. Für die Misshandelten und Gequälten, für die Opfer von Krieg und Gewalt, für die Verlierer der Globalisierung... Sie alle werden nicht ewig Opfer bleiben; sie werden von dem Richter der Welt persönlich ins Recht gesetzt.

Der zuletzt geäußerte Gedanke ist allerdings gefährlich. Zu schnell könnten die Täter des Unrechts daraus den Schluss ziehen, dann seien ihre Taten ja nicht so schlimm und am Ende werde schon alles irgendwie zurecht gebracht und sie selbst würden davon kommen. Hier ist mit dem Apostel Paulus zu widersprechen: „*Wir müssen alle offenbar werden vor dem Richterstuhl Christi.*“ Alle müssen Rechenschaft über ihr Leben ablegen. Opfer und Täter. Das sind einzelne Menschen ebenso wie die Gesellschaft als ganze und die Kirche. Aber was bedeutet das genau?

2. Was wir wissen

Etwa zwei Jahrzehnte nach den Schrecken des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges zogen junge Menschen ihre Eltern und Großeltern zur Rechenschaft: „Warum seid ihr nicht eingeschritten? Warum habt ihr gegen Rassenwahn und Massenmord nichts unternommen?“ Nicht selten bekamen die empörten jungen Leute zur Antwort: „Wir haben von all dem nichts gewusst. Wir wussten nicht, was in den Konzentrationslagern geschah und wir wussten nicht, was Hitler letztendlich vor hatte.“ Diese Auskunft hat sich in mancher Hinsicht als unrichtig erwiesen. Darüber haben aber nicht wir zu urteilen sondern der, dem allein das letzte Urteil zusteht. Wir haben daraus zu *lernen*. Nie wieder dürfen wir die Augen vor dem verschließen, was wir wissen. Nie wieder dürfen wir so tun, als hätten wir nichts gehört und nichts gesehen. Es scheint jedoch, als seien wir gerade jetzt wieder im Begriff so zu handeln. Es scheint, als seien wir dabei unangenehmes Wissen über den Zustand und die Zukunft unserer Welt, unserer Gesellschaft und unserer Kirche zu verdrängen. Genau das aber wird vor dem Richterstuhl Christi zum Thema werden. Wir werden Rechenschaft abzulegen haben über das, was wir wussten und das, was wir daraufhin (nicht) taten. Das ist keine Drohung, wohl aber die Nötigung uns zunächst selbst Rechenschaft abzulegen über das, was wir wissen. Das soll im Folgenden geschehen. Dabei werden wir nicht nur unsere Versäumnisse erkennen sondern auch, wie viel Gutes vielerorts geschieht. Auch in der Lippischen Landeskirche.

2.1 Wir wissen, dass der Klimawandel bereits heute Opfer fordert.

Im Mai dieses Jahres fand zum Abschluss der Dekade zur Überwindung von Gewalt in Kingston/Jamaica eine Internationale Ökumenische Friedenskonvokation statt. Der Berichterstatter war in seiner Eigenschaft als Militärbischof Mitglied der EKD-Delegation und vertrat gleichzeitig die Lippische Landeskirche. Die Konferenz verstand die Friedensverantwortung der Menschheit in umfassender Perspektive und arbeitete zu vier Themenbereichen:

1. Friede in der Gemeinschaft. 2. Friede mit der Erde. 3. Friede in der Wirtschaft. 4. Friede zwischen den Völkern. Die Arbeit an dem zweiten Themenbereich „Friede mit der Erde“ gestaltete sich besonders eindrücklich, nicht zuletzt, weil durch einen Pfarrer aus Tuvalu Menschen zu Wort kamen, die schon heute existenziell vom Klimawandel betroffen sind. Die ca. 11.000 Einwohner Tuvalus, des viertkleinsten Staates der Welt auf einer 26 Quadratkilometer großen polynesischen Insel im Stillen Ozean zwischen Hawaii und Australien, werden wohl als erste ihr Staatsgebiet als Umweltflüchtlinge verlassen müssen. Ihr Land wird vom Meer überspült, ihr Grundwasser durch Versalzung unbrauchbar. Die Menschen sind von Regenwasser abhängig. „Unsere Gewalt gegen die Erde ist auch Gewalt gegen Menschen“ sagte der Projektmanager der Kirche von Schottland, der die Idee von weltweiten „Öko-Gemeinden“ vorstellte.

Die abschließende Botschaft der Konferenz (Anlage 1) bringt die Meinung der Versammlung auf den Punkt: „Die Umweltkrise ist eine zutiefst ethische und spirituelle Krise der Menschheit. Wir erkennen an, dass die Menschen der Erde mit ihrem Verhalten Schaden zugefügt haben, und bekräftigen unser Bekenntnis zur Bewahrung der Schöpfung und zu dem Lebensstil, den uns dies abverlangt. Unsere Sorge um die Erde und unsere Sorge um die Menschheit gehören zusammen. Natürliche Ressourcen und gemeinsame Güter der Menschheit wie Wasser müssen gerecht und nachhaltig miteinander geteilt werden. Gemeinsam mit der globalen Zivilgesellschaft appellieren wir an die Regierungen, all unsere wirtschaftlichen Aktivitäten radikal umzustrukturieren, mit dem Ziel, eine ökologisch nachhaltige Wirtschaft auf den Weg zu bringen. ... Die ökologische Schuld der Industrieländer, die für den Klimawandel verantwortlich sind, muss bei den Verhandlungen über die Anteile bei den CO₂-Emissionen und die Pläne für die Anpassungskosten berücksichtigt werden. Die Nuklearkatastrophe von Fukushima hat einmal mehr bewiesen, dass wir nicht länger auf Atomstrom als Energiequelle zählen dürfen.“

Um den Klimawandel zu verlangsamen, bedarf es nicht allein der Umstrukturierung der wirtschaftlichen Aktivitäten und der Verhandlungen auf höchster politischer Ebene sondern vor allem – wie die Schlusskundgebung der Friedenskonvokation zutreffend bemerkt – der *Veränderung unseres Lebensstils*. Diese aber geschieht nicht zuerst in Berlin oder Brüssel sondern – so sagt es ein afrikanisches Sprichwort – an „vielen kleinen Orten“, wo „viele kleine Leute“ leben. Sie werden mit „vielen kleinen Schritten“ „das Antlitz dieser Welt

verändern“. Einer dieser vielen kleinen Orte ist Lippe, und hier ist in den letzten Monaten einiges geschehen: Nach der Katastrophe von Fukushima und zum 25. Jahrestag des Reaktorunglücks von Tschernobyl haben wir alle Kirchengemeinden gebeten, möglichst Öko-Strom zu beziehen. Etwa 50 % der Gemeinden haben uns bis jetzt eine positive Rückmeldung gegeben; das Problembewusstsein ist also hoch. Andere beraten noch, nur wenige können sich nicht zu einer Umstellung entschließen. Zu danken ist an dieser Stelle unserem Umweltbeauftragten Heinrich Mühlenmeier, der unermüdlich in Sachen Klimaschutz unterwegs ist und auch die Klimaschutzinitiative der Landeskirche begleitet. An ihr beteiligen sich 34 unserer 69 Kirchengemeinden. Insgesamt werden 95 ausgewählte Gebäude durch das Detmolder Niedrig-Energie-Institut untersucht. Am Ende der Untersuchung steht jeweils ein energetisches Gutachten mit einem Maßnahmenkatalog. Darin wird auch beschrieben, wie teuer die jeweilige Maßnahme ist und wie viel Tonnen CO₂ eingespart werden können. Ob diese Maßnahmen dann ergriffen werden, bleibt den Kirchengemeinden überlassen. Angesichts des göttlichen Auftrages an den Menschen, die Erde „zu bebauen und zu bewahren“ (1. Mose 2, 15) und angesichts der verheerenden Auswirkungen unseres Lebensstils auf andere Menschen ist das allerdings sehr zu hoffen.

2.2 Wir wissen, dass tausende verzweifelter Menschen aus Afrika bei uns Zuflucht suchen.

In den letzten Monaten haben wir gespannt verfolgt, was in den Ländern Nordafrikas geschah und uns insbesondere mit den Tunesiern und den Ägyptern über die neu gewonnene Freiheit gefreut. Inzwischen ist auch das Terrorregime des libyschen Machthabers Gaddafi gestürzt. (Der Umstand, dass dies mit militärischer Hilfe durch die NATO geschah, müsste noch einmal gesondert beachtet und beurteilt werden.) Im Zusammenhang mit den Unruhen in Nordafrika erreichten uns erschütternde Bilder von Flüchtlingen – darunter Frauen und Kinder – die nach lebensgefährlicher Reise über das Mittelmeer völlig entkräftet das Hoheitsgebiet von Mitgliedsländern der Europäischen Union erreichten und

in überfüllte Lager gebracht wurden. Über 40.000 waren es zwischen Januar und September. 1.200 von ihnen überlebten die Flucht nicht.

„Brich dem Hungrigen dein Brot, und die im Elend ohne Obdach sind, führe ins Haus! Wenn du einen nackt siehst, so kleide ihn und entziehe dich nicht deinem Fleisch und Blut.“ (Jesaja 58, 7) heißt es unmissverständlich in dem Abschnitt aus der Bibel, der uns am Erntedanktag als Predigttext vorgeschlagen war. Was bedeutet das in diesem Zusammenhang? Die Kammer für Migration und Integration der EKD hat unlängst ein Orientierungspapier zu Migrationsfragen angesichts der politischen Entwicklungen im Mittelmeerraum veröffentlicht (Anlage 2). Darin heißt es: „Europa muss seiner Verpflichtung zum Flüchtlingschutz uneingeschränkt nachkommen. Besonders betroffene EU-Staaten, die wie z.B. Malta relativ viele Menschen aufnehmen, müssen solidarisch unterstützt werden. Die Aufnahme von 150 Schutzbedürftigen in Deutschland auf dem Wege der sog. *Relocation* ist dabei als erster Ansatz zu begrüßen. Dauerhaft wird es jedoch eines Systems der Verantwortungsteilung innerhalb der EU bedürfen – in welchem zum einen alle Mitgliedsstaaten die Einhaltung des EU-Flüchtlingsrechts sicherstellen, zum anderen eine ausgewogene Verteilung von Schutzbedürftigen in Europa erreicht wird. (...) Die Umbruchsituation in Nordafrika unterstreicht die Notwendigkeit, eine gemeinsame Migrations- und Flüchtlingspolitik der EU zu schaffen...“ Mit der „Verteilung“ von schutzbedürftigen Menschen allein wird es allerdings nicht getan sein. Wer Flüchtlinge aufnimmt, muss auch für ihre Integration in die aufnehmende Gesellschaft sorgen.

Eine gemeinsame Position müssen auch die europäischen Kirchen finden; dafür bilden die Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) und die Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) eine geeignete Plattform. Die Lippische Landeskirche kann und wird außerdem die jährlich stattfindende Konferenz des Europäischen Gebietes der Weltgemeinschaft Reformierter Kirchen (WCRC) nutzen und das Thema in die Gespräche mit den osteuropäischen Partnerkirchen (alle befinden sich in EU-Ländern!) einbringen.

2.3 Wir wissen, dass in Deutschland jedes Jahr über 100.000 Schwangerschaften abgebrochen werden.

In diesem Jahr wurde viel über die Präimplantationsdiagnostik (PID) diskutiert. Die PID untersucht künstlich befruchtete Eizellen, um gegebenenfalls erblich schwer belastete Zellen nicht in die Gebärmutter der Frau einzupflanzen sondern sie zu vernichten. Durch ein solches Verfahren kann Eltern, die bereits eines oder mehrere Kinder mit einer Behinderung großziehen oder eine oder mehrere Totgeburten erleben mussten, Entlastung verschafft und weiteres Leid erspart werden. Mit diesem seelsorgerlichen Anliegen konkurriert jedoch ein ethisches: Es ist uns Menschen nicht erlaubt, auszuwählen, welcher Mensch leben darf und welcher nicht. Diese Entscheidung ist allein dem Schöpfer allen Lebens vorbehalten. Der Rat der EKD hat sich für ein Verbot der PID ausgesprochen (allerdings gab es in dem Gremium auch Stimmen, die eine Zulassung in sehr engen Grenzen befürworteten); der Bundestag beschloss dann eine eingeschränkte Erlaubnis der Präimplantationsdiagnostik.

Erstaunlich ist, dass über die jährlich wenigen hundert Fälle, bei denen die PID in Frage kommt, (zu Recht!) leidenschaftlich diskutiert wurde, während niemand öffentlich ein Wort darüber verlor, dass in jedem Jahr in Deutschland weit über 100.000 Schwangerschaften abgebrochen werden. Muss uns das nicht mindestens ebenso sehr beunruhigen angesichts des Wertes, der jedem Menschen innewohnt? In der Bibel heißt es: *„Was ist der Mensch, dass du (Gott) seiner gedenkst, und des Menschen Kind, dass du dich seiner an nimmst? Du hast ihn wenig niedriger gemacht als Gott, mit Ehre und Herrlichkeit hast du ihn gekrönt.“* (Psalm 8, 5f.)

Gewiss ist jeder Schwangerschaftsabbruch gesondert zu betrachten, und man wird davon ausgehen können, dass kaum eine Mutter (und hoffentlich auch kaum ein Vater!) sich diese Entscheidung leicht macht. Trotzdem bleiben bedrückende Fragen: Geschieht, etwa wenn ein Kind mit einer Behinderung vor der Geburt getötet wird, nicht genau jene Selektion, vor der die PID-Gegner so leidenschaftlich warnen? Wenn das aber so ist, dann muss sich unsere Gesell-

schaft und auch unsere Kirche ernste Fragen stellen: Was macht es Eltern so schwer ein Kind mit einer Behinderung aufzuziehen? Sagt die Kirche deutlich genug, dass *jeder* Mensch ein kostbares Geschöpf Gottes ist – auch der Mensch, der mit einer Behinderung lebt? Sind wir in unseren Gemeinden wirklich darauf eingestellt, dass unter uns Menschen mit einer Behinderung leben oder erschrickt der Pfarrer bzw. die Pfarrerin, wenn ein behindertes Kind zum Konfirmandenunterricht angemeldet wird?

Für den Abbruch einer Schwangerschaft kann es allerdings auch andere Gründe geben: Manche werdende Mutter sieht sich einfach nicht in der Lage ihr Kind allein groß zu ziehen. Auch das provoziert Rückfragen – weniger an die schwangere Frau und den Vater des Kindes als an uns und gerade auch an uns als Kirche: Geben wir allein erziehenden Müttern Raum? Können sie sich von uns angenommen fühlen? Die Tatsache, dass erheblich weniger Kinder allein erziehender Mütter zur Taufe gebracht werden als Kinder „vollständiger“ Familien, lässt daran zweifeln. Immerhin geschieht in unserer Landeskirche einiges: Die Synode hat bei dieser Tagung über eine Vorlage zu entscheiden, die die (Re-)Integration des Evangelischen Beratungszentrums in die Landeskirche vorschlägt. Es ist und bleibt Aufgabe der Kirche, Menschen in Schwangerschaftskonflikten zu beraten und Eltern zur Seite zu stehen, die ihre Kinder unter widrigen Umständen großziehen. Aufgabe der Kirche heißt aber: Aufgabe der Landeskirche *und der Gemeinden*. Die Lemgoer Gemeinden und die Gemeinde Detmold-West haben einen wichtigen Schritt getan, als sie zu Tauf-festen einluden. Auch wenn im Blick auf solche großen Veranstaltungen noch die eine oder andere Frage zu klären ist, so ist doch eines deutlich: Die Schwelle, die eine allein erziehende Mutter überwinden muss, um ihr Kind taufen zu lassen, ist hier deutlich niedriger als bei der Taufe im Sonntagsgottesdienst der Gemeinde. Die Synode wird sich dem Thema von einer anderen Seite her nähern, wenn Sie im nächsten Jahr das Thema „Familie“ als Schwerpunktthema bearbeitet und sich bewusst macht, dass es heute (wie übrigens schon in der Bibel) eine große Vielfalt von Familienformen gibt, auf die wir uns als Kirche einzustellen haben. Mögen alle diese Bemühungen dazu beitragen, dass Frauen den Mut bekommen ihr Kind zur Welt zu bringen. Die

gegenwärtig erschreckend hohe Zahl von Schwangerschaftsabbrüchen darf uns nicht ruhen lassen.

2.4 Wir wissen, dass unsere Gesellschaft immer älter wird.

Im September fand wieder die „Polen-Lippe-Litauen-Konsultation“ statt. Gastgeberin war in diesem Jahr die evangelisch-reformierte Kirche in Polen, und die Delegierten diskutierten in Bad Kudowa über das Phänomen der alternden Gesellschaften in Europa. Der frühere Präsident des Diakonischen Werkes der EKD und Vorsitzende des Kuratoriums Deutsche Altershilfe Jürgen Gohde machte in einem spannenden Vortrag deutlich, dass weder Kirche noch Gesellschaft bereits hinreichend darauf eingestellt sind. Einige besonders aussagekräftige Grafiken sind diesem Bericht als Anlage beigefügt (Anlage 3).

Zunächst sei festgehalten, dass die gegenüber früheren Zeiten deutlich erhöhte Lebenserwartung der Menschen in Deutschland und Europa ein *Segen* ist. Männer und Frauen können zunehmend Erfahrungen auch jenseits ihres Berufslebens machen und auskosten, dass das Leben mehr und anderes ist als das, was man sich erarbeiten und verdienen kann: Geschenk Gottes eben. Zugleich liegt in der größer werdenden Zahl älterer und alter Menschen eine Chance für Kirche und Gesellschaft. Empirische Untersuchungen zeigen, dass ältere Menschen in besonderem Maße bereit sind, sich sozial zu engagieren (Grafik 1). Mit ihrer Lebenserfahrung stellen sie deshalb eine unverzichtbare Ressource für die Arbeit auf gemeindlicher und landeskirchlicher Ebene dar.

Dass unsere Gesellschaft rasant altert, ist allerdings zugleich eine *Herausforderung*, denn mit dem Alter stellen sich zunehmend auch Hilfs- und Pflegebedürftigkeit ein. Die Kirche ist hier besonders gefragt, gebietet doch Gott seinem Volk Israel und uns: *„Du sollst deinen Vater und deine Mutter ehren, auf dass du lange lebest in dem Lande, das dir der Herr, dein Gott, geben wird.“* (2. Mose 20, 12) Sowohl der Kleine Katechismus Martin Luthers als auch der Heidelberger Katechismus sehen in ihren Erklärungen zum vierten bzw. fünften

Gebot Vater und Mutter auf einer Linie mit Vorgesetzten (Heidelberger) bzw. Herren (Luther) und verstehen das Gebot folglich als Gehorsamsforderung an die Kinder. Diese Auslegung verkennt jedoch, dass die zehn Gebote sich ursprünglich an *erwachsene* Menschen richten, die also ihre *alt gewordenen* Eltern ehren sollen. So verstanden erhält das Elterngebot angesichts der Bevölkerungsentwicklung in Europa eine besondere Aktualität.

Wie kann die Kirche, wie können wir uns in unseren lippischen Kirchengemeinden darauf vorbereiten, dass es in absehbarer (berechenbarer!) Zeit bei uns so viele alte Menschen und gleichzeitig so wenig junge Menschen gibt wie nie zuvor (Grafik 2) und dass viele der alten Menschen demenziell verändert sein werden (Grafik 3)? Ich referiere einige Gedanken, die während der Konsultation in Bad Kudowa in der Diskussion und in Seitengesprächen geäußert wurden:

Wichtig wird es zunächst sein, dass wir in unserer *Verkündigung* klar bleiben. Die Bibel sieht den Menschen als ein Wesen, das auf Hilfe angewiesen ist. Mehr noch: Es sind gerade die Schwachen, in denen die Kraft Gottes in besonderer Weise mächtig ist (vgl. 2. Korinther 12, 9). Dessen eingedenk ist öffentlich zu widersprechen, wenn alt und hilfsbedürftig gewordene Menschen diffamiert oder als Last für die Jüngeren bezeichnet werden. Besonderer Aufmerksamkeit bedarf die Verkündigung, die sich *unmittelbar* an alte und besonders an demenziell veränderte Menschen richtet. Sie haben wie alle Gemeindeglieder einen Anspruch darauf, dass ihnen das Evangelium von der freien Gnade Gottes *in einer ihren Fähigkeiten entsprechenden Weise* ausgerichtet wird.

Diese Herausforderung wird wiederum Rückwirkungen auf die *Arbeit mit Konfirmandinnen und Konfirmanden*, also den Alten von morgen, haben. Wer mit Demenzkranken Gottesdienst feiert, kann beobachten, dass diese Menschen zwar kaum einer Predigt zu folgen vermögen, aber viele Strophen von vertrauten Chorälen mitsingen und Texte wie den 23. Psalm mitbeten. Es sind die in Kindheit und Jugend auswendig gelernten Traditionsstücke, die es

ihnen jetzt erlauben, den Gottesdienst mitzufeiern. Das muss uns zu denken geben. Wir werden nicht zu dem Drill vergangener Zeiten zurückkehren wollen und können, aber doch fragen: Was trägt die heutigen Konfirmandinnen und Konfirmanden, wenn sie hoch betagt und ihre geistigen Kräfte gemindert sind und was kann die Gemeinde heute dazu beitragen?

Die älter werdende Gesellschaft verlangt auch neue Formen der *Seelsorge*: Schon jetzt ist es den Pfarrerinnen und Pfarrern nicht mehr möglich, alle hoch betagten Gemeindeglieder jährlich zu ihrem Geburtstag zu besuchen. Andere Seelsorgebesuche blieben dann auf der Strecke. Umso erfreulicher ist es, dass in vielen Gemeinden Besuchsdienstkreise diese Aufgabe übernehmen. Die dort Engagierten haben allerdings einen Anspruch auf solide Fortbildung, um mit der besonderen Lebenssituation alt gewordener Menschen angemessen umgehen zu können.

Herausgefordert ist schließlich auch die gemeindliche *Diakonie*: Da nur eine Minderheit von Menschen im Alter in einem Heim leben möchte (Grafik 4), sind alternative Wohnformen zu entwickeln. Könnten Kirchenvorstände, die über die Verwendung eines nicht mehr benötigten Pfarr- oder Gemeindehauses zu befinden haben, nicht auch darüber nachdenken? Die älter werdende Gesellschaft stellt uns also vor große Herausforderungen. Wir werden diese Herausforderungen nur bewältigen können, wenn wir uns nicht in Strukturdebatten verlieren und wenn wir, wo immer es möglich ist, die Kräfte bündeln.

2.5 Wir wissen, dass die Kirche Jesu Christi nicht die ist, die sie sein sollte.

In seinem „hohepriesterlichen Gebet“ bittet Jesus den Vater: *„Ich bitte aber nicht allein für sie (ergänze: meine Jünger), sondern auch für die, die durch ihr Wort an mich glauben werden, damit sie alle eins seien. Wie du, Vater, in mir bist, und ich in dir, so sollen auch sie in uns eins sein, damit die Welt glaube, dass du mich gesandt hast.“* (Johannes 17, 20f.) Vor vier Jahren führte der

Landeskirchenrat in seinem Rechenschaftsbericht vor der Landessynode dazu folgendes aus: „Die Einheit der Kirche ist Gegenstand des Gebetes Jesu und unseres Gebetes. Das entbindet die Kirche jedoch nicht von ihrer Verpflichtung, alles in ihrer Macht stehende dafür zu tun, dass diese Einheit sichtbar wird. Dieses *Ineinander von Bitte und eigener Anstrengung* kennzeichnet alle Fürbittengebete, die nicht fromme Ersatzhandlung für eigenes Engagement sind. So beten wir im Gottesdienst für die Kranken und sind zugleich Träger von Diakoniestationen; wir beten für die Sterbenden und sorgen zugleich für die Seelsorge an ihnen; wir legen Gott die armen Menschen ans Herz und machen zugleich das Angebot von Tafeln für Bedürftige. Auf die Kirche bezogen heißt das: Wir beten mit Jesus um die Einheit der Kirche, sind aber zugleich *‚darauf bedacht, zu wahren die Einigkeit im Geist durch das Band des Friedens...‘* (Epheser 4, 3). Die Einheit der Kirche ist *kein Selbstzweck*, sondern Voraussetzung für ein glaubwürdiges missionarisches Zeugnis, das abzulegen die Kirche berufen ist: *‚...damit die Welt glaube, dass du mich gesandt hast.‘* Deshalb ist alles zu fördern, was die Kirche Jesu Christi in Lippe, in Deutschland und in der Welt eint.“

Einende Impulse wurden in diesem Jahr von dem *Besuch Papst Benedikts XVI. in Deutschland* erwartet. Immerhin hatte er einige Monate zuvor selbst veranlasst, dass das Gespräch mit der Delegation der EKD länger dauerte als von seiner Administration vorgesehen. Unmittelbar vor seiner Ankunft in Deutschland sprach er im ARD-Fernsehen das „Wort zum Sonntag“ und sagte wörtlich: „Ein Höhepunkt der Reise wird Erfurt sein: Im Augustinerkloster, in der Augustinerkirche, in der Luther seinen Weg begonnen hat, darf ich mich mit Vertretern der Evangelischen Kirche Deutschlands treffen. Wir werden dort miteinander beten, auf das Wort Gottes hören, miteinander denken und noch sprechen. Wir erwarten keine Sensationen. Das eigentlich Große daran ist eben dies, dass wir miteinander an diesem Ort denken, das Wort Gottes hören und beten, und so inwendig beieinander sind und sich wahrhaft Ökumene ereignet.“ Nach dem Besuch kann man sagen: Es hat tatsächlich keine ökumenischen Sensationen gegeben. Wer die Papstreise aus evangelischer Perspektive verfolgte, sah sich vielmehr dann und wann irritiert:

Am 22. September feierte der Papst eine *Heilige Messe im Berliner Olympiastadion*. Die Inszenierung war für evangelische Augen befremdlich: Als Benedikt XVI. im „Papamobil“ in das Stadion rollte, wurden ihm kleine Kinder gereicht, denen er die Hände zum Segen auflegte. Diese Geste erinnerte (und sollte wahrscheinlich erinnern) an die Kindersegnung durch Jesus (vgl. Markus 10, 13-16). Während der Austeilung der Kommunion konnte man auf der Großleinwand verfolgen, wie der Papst Menschen in Krankenbetten und Rollstühlen das Abendmahl reichte – und man dachte (und sollte wahrscheinlich denken) an Bibelstellen wie diese: „Und (die Leute) liefen im ganzen Land umher und fingen an, die Kranken auf Bahren überall dorthin zu tragen, wo sie hörten, dass er (Jesus) war.“ (Markus 6, 55). Die Eltern der gesegneten Kinder und die Kranken hat dieser Moment der Nähe zum Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche sicher sehr tief berührt. Die Inszenierung ist auch letztlich konsequent, weil der Papst sich als Stellvertreter Christi auf Erden versteht. Für evangelische Augen aber bleibt sie fragwürdig: Ist hier die Einzigartigkeit Jesu Christi noch respektiert? – Befremdlich war auch der Umstand, dass das eucharistische Hochgebet in lateinischer Sprache gesprochen wurde. Die Reformatoren legten Wert darauf, dass die Menschen verstehen können, was im Gottesdienst gesagt wird. Diese Einsicht hat sich die römisch-katholische Kirche im Zweiten Vatikanischen Konzil zu Eigen gemacht. Warum also jetzt wieder Latein – und das bei dem Deutschlandbesuch eines deutschen Papstes?

Ernüchternd war die *Begegnung mit dem Rat der EKD in Erfurt*. Der Ratsvorsitzende Nikolaus Schneider hatte in seiner Ansprache (Anlage 4) den Begriff einer „Ökumene der Gaben“ geprägt. Damit setzte er sich von der von Wolfgang Huber vor einigen Jahren propagierten „Ökumene der Profile“ ab. Hier hätte der Papst anknüpfen können. Auch hätte man sich gewünscht, dass er sich zu der vom Ratsvorsitzenden angesprochenen Not geäußert hätte, die darin besteht, dass Paare verschiedener Konfession in der römisch-katholischen Kirche nicht gemeinsam am Abendmahl teilnehmen können.

Was bedeutet nun dieser Besuch für unsere ökumenischen Beziehungen, die, wie wir oben sahen, nicht in unser Belieben gestellt sind? Man mag sich darüber freuen, dass zum ersten Mal ein Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche an einen Ort mit besonderer Bedeutung für die Reformationsgeschichte kam. Wir Evangelischen werden weiterhin daran erinnern, welche Ereignisse und Einsichten aus eben dieser Reformationsgeschichte bleibend wichtig sind. Der Ort dafür wird in hervorgehobener Weise das Reformationsjubiläum 2017 sein. Dieses Jubiläum kann und darf nicht in antiökumenischem Geist begangen werden; es sollte aber dem theologischen Gespräch zwischen den Konfessionen die Tiefenschärfe verleihen, derer es auf der gemeinsamen Suche nach der Wahrheit bedarf.

Die *ökumenischen Beziehungen der Lippischen Landeskirche zum Erzbistum Paderborn* sind nach wie vor unkompliziert und geschwisterlich. Im März traf sich der Landeskirchenrat zum jährlichen Austausch mit dem Geistlichen Rat des Erzbistums. Dabei wurden Fragen, die die Kirchen gemeinsam betreffen, erörtert; zugleich nahm man Anteil an dem, was die je andere Kirche zurzeit besonders beschäftigt. Das nächste Treffen soll mit einer gemeinsamen Wanderung durch den Teutoburger Wald begonnen werden. – Ebenfalls jedes Jahr feiern das Erzbistum Paderborn, die orthodoxen Kirchen und die Freikirchen der Region sowie die Westfälische und die Lippische Landeskirche die Ökumenische Vesper. In diesem Jahr fand sie im Mai in der evangelischen Kirche zu Rheda statt; der lippische Landessuperintendent hielt die Predigt. Leider lassen sich bisher noch wenige Gemeindeglieder zu diesem besonderen Gottesdienst einladen. – Besonders zu erwähnen ist, dass die konfessionelle Kooperation im Religionsunterricht an Grundschulen (darüber wurde in den letzten Jahren der Synode mehrfach berichtet) weiter gut funktioniert. In diesem Jahr wurde der zweite Kurs, der Lehrerinnen und Lehrer für diese besondere Unterrichtsform qualifiziert, abgeschlossen. Damit ist die Kooperation deutlich dem Stadium des Experimentes entwachsen, und sowohl das Erzbistum Paderborn als auch die Lippische Landeskirche haben ihre Absicht bekräftigt den eingeschlagenen Weg fortzusetzen.

Obwohl das katholische Gegenüber der Lippischen Landeskirche in erster Linie das Erzbistum Paderborn ist, gibt es enge und vertrauensvolle Beziehungen auch zum *Dekanat Bielefeld-Lippe*. Dreimal jährlich treffen sich Dechant Klaus Fussy, sein Vorgänger Karl-Heinrich Brinkmann, der Ökumenereferent des Erzbistums Michael Hardt und der Detmolder Pfarrer Christian Ritterbach mit Kirchenrat Tobias Treseler, dem Catholica-Beauftragten Dr. Werner Weinhold, dem lutherischen Superintendenten Andreas Lange und dem Landessuperintendenten zum *informellen Gespräch*. Hier werden die „großen“ Ereignisse wie der Besuch des Papstes in Deutschland oder die Tagung der Deutschen Bischofskonferenz in Paderborn diskutiert, aber auch schlicht Absprachen getroffen. So wird hier der *ökumenische Empfang* geplant, den in zwei aufeinanderfolgenden Jahren die Lippische Landeskirche und im dritten Jahr das Dekanat ausrichtet. In diesem Jahr wurde nach St. Nicolai, Lemgo, eingeladen. Der Direktor beim Deutschen Bundestag, Staatssekretär Harro Semmler, hielt einen Vortrag zum Thema „Denk dir, es ist Wahl und keiner geht hin...nur eine Fiktion?“. Im Anschluss waren die Gäste zu einem Konzert im Rahmen der Lemgoer Internationalen Orgeltage geladen. Die Empfänge erfreuen sich

immer großer Beliebtheit und dokumentieren, dass das Zeugnis von Jesus Christus den christlichen Kirchen *gemeinsam* aufgetragen ist. Der evangelisch-katholische Gesprächskreis bereitet ferner den ökumenischen *SeelsorgerInnen-Tag* vor. In diesem Jahr begaben sich katholische und evangelische Seelsorgerinnen und Seelsorger gemeinsam auf den am Tag zuvor eröffneten lippischen Pilgerweg und ließen sich über die historischen Wurzeln des Pilgerns informieren. Für das kommende Jahr ist ein Besuch in der zu einem Restaurant umgebauten Bielefelder Kirche sowie in der Bielefelder Synagoge (ehemals: Paul Gerhardt-Kirche) geplant. Ausgehend von diesen Beispielen werden die Seelsorgerinnen und Seelsorger über die Umnutzung nicht mehr benötigter Kirchen diskutieren.

Es ist gut sich hin und wieder der gelingenden Kommunikation und Kooperation zwischen den Kirchen zu vergewissern. Wir werden uns damit jedoch nicht zufrieden geben dürfen, denn Jesus Christus ist die Einheit seiner Kirche ein Herzens- und Gebetsanliegen. Das stellt uns, die wir zur Kirchenleitung berufen sind, in die Verantwortung, alles dafür zu tun, dass „alle eins“ seien.

2.6 Wir wissen, dass auch in Lippe viele Menschen nicht mehr über ihren christlichen Glauben Bescheid wissen.

In jedem Taufgottesdienst hören wir im Zusammenhang mit den Einsetzungsworten zur Taufe den Missionsbefehl Jesu: *„Mir ist gegeben alle Gewalt im Himmel und auf Erden. Darum gehet hin und machet zu Jüngern alle Völker...“* (Matthäus 28, 18f.) Diesem Befehl haben jene Menschen gehorcht, die sich 1836 in Berlin und Bremen anschickten, das Evangelium unter den Völkern Indiens und Afrikas zu verbreiten. Sowohl die *Gossner Mission* als auch die *Norddeutsche Mission* konnten in diesem Jahr ihren *175. Geburtstag* feiern.

Beide Missionswerke stellten ein umfangreiches Programm auf die Beine. Zum Geburtstag der Gossner-Mission entstand in Lippe ein Theaterstück, das die Anfänge der Missionsarbeit in Szene setzt. Die Norddeutsche Mission war mit vielen Veranstaltungen in allen vier deutschen Partnerkirchen unterwegs. Pfarrer Klaus Sommer aus Oerlinghausen, Vorstandsmitglied der Norddeutschen Mission, hat uns bei den Jubiläumsfeierlichkeiten in Togo und Ghana vertreten und ist vor wenigen Tagen von seiner Reise zurückgekehrt.

Die Missionare, die damals Deutschland verließen um das Evangelium von Jesus Christus in die Welt zu tragen, haben Gefahr und große Entbehrungen auf sich genommen und manche Enttäuschung erlebt. Letztlich aber legte Gott seinen Segen auf ihre Bemühungen, so dass es heute in Indien wie in Afrika lebendige Kirchen gibt, denen wir geschwisterlich verbunden sind. Wenn uns Gäste aus diesen Partnerkirchen besuchen, dann sehen sie, dass das Glaubenswissen, das deutsche Missionare ihnen einst brachten, in Deutschland inzwischen keineswegs mehr selbstverständlicher Besitz der meisten Menschen ist. Dass das nicht nur für die jahrzehntelanger atheistischer Erziehung ausgesetzten Menschen in den östlichen Regionen Deutschlands sondern auch für die Lipper gilt, wurde uns durch die ökumenische Visitation unserer Landeskirche im Jahr 2006 eindringlich vor Augen geführt.

Die Lippische Landeskirche hat auf die Herausforderung u.a. mit dem *Projekt „andere sichten“* reagiert, das Ende März/Anfang April durchgeführt wurde. Sechzehn Personen aus verschiedenen Ländern waren für eine Woche nach Lippe eingeladen; sie kamen aus unseren Partnerkirchen sowie aus solchen Kirchen, die mit einer der von uns mitgetragenen Missionsgesellschaften verbunden sind. Zunächst sollten die Gäste uns und wir unsere Gäste besser kennenlernen. Gemeinsam lasen wir biblische Texte und tauschten uns über unsere verschiedenen Sichtweisen dieser Texte aus. Sodann hatten wir uns vorgenommen, die durch das Bibelstudium gemeinsam gewonnenen Einsichten in Lippe unters Volk zu bringen. Nach einer Vorbereitungsphase schwärmten die am Projekt Beteiligten aus und legten an säkularen, also nicht kirchlich geprägten Orten biblische Texte aus. Kunden eines Augustdorfer Supermarktes wurden zum Thema „Reichtum und Armut“ mit dem Gleichnis vom reichen Kornbauern bekannt gemacht. Die Worte des Predigers Salomo über die Zeit waren Grundlage einer Aktion zum Thema „Leistungsdruck“ in einem Detmolder Fitnesscenter. Auf dem Marktplatz in Detmold wurden Passanten mit Hilfe des von Paulus gebrauchten Bildes vom Leib und den Gliedern zu „Solidargemeinschaft und Eigenverantwortung“ befragt. Im Foyer des Klinikums Lippe und vor der Apotheke in Almena diente eine Heilungsgeschichte aus dem Neuen Testament als Grundlage für Überlegungen zum

Thema „Heil und Heilung“. In der Detmolder „Herberge zur Heimat“ wurde das Gleichnis vom verlorenen Sohn (besser: das Gleichnis vom barmherzigen Vater) besprochen. Das Projekt hatte also neben der ökumenischen eine deutlich missionarische Dimension. Hoffen wir, dass die dadurch gegebenen Impulse Menschen ins Nachdenken und Fragen gebracht haben. Der Glaube der unmittelbar Beteiligten wurde jedenfalls gestärkt. Dafür ist den Mitarbeitenden im Ökumenereferat ebenso zu danken wie der Kammer für Weltmission, Ökumene und Entwicklung unter Vorsitz von Superintendentin Claudia Ostarek.

„*Machet zu Jüngern alle Völker!*“ Diesem Ziel dienten auch weitere Projekte, die in letzter Zeit in unserer Landeskirche durchgeführt wurden bzw. für das kommende Jahr geplant werden: Erwähnt wurden bereits die *Tauffeste* in Lemgo (Pfingsten 2010) und Detmold (Juli 2011), für 2012 ist ein *Traufest* in Lemgo geplant. Hier sollen Paare, die bisher nicht kirchlich getraut sind, die Trauung nachholen können. Den Veranstaltern dieser Feste wird mitunter vorgeworfen, es handele sich dabei um „Events“, deren Nachhaltigkeit zu bezweifeln sei. Dazu sei zweierlei angemerkt: Zum einen ist ein „Event“ an sich noch nicht kritikwürdig. Im Gegenteil: Hier versuchen Pastorinnen und Pastoren gemeinsam mit engagierten Gemeindegliedern die gegenwärtige Eventkultur mit dem Evangelium zu durchdringen und die Menschen so anzusprechen, dass sie die Botschaft gerne hören und annehmen. Zum anderen ist die Frage der Nachhaltigkeit in gleicher Weise an unsere ganz normale Gemeindeglieder zu richten: Werden in den Gemeinden die Tauffamilien und die getrauten Paare nach der Taufe bzw. Trauung sorgfältig begleitet? Auch dass die Tauffeste und das Traufest außerhalb von Kirchengebäuden gefeiert werden (beim Traufest sollen die Kirchen allerdings einbezogen werden), ist nicht zu beanstanden. Gottesdienstliche Räume sind ganz sicher wichtig für den Glauben vieler Menschen. Für den Glauben mancher stellen sie aber ein Hindernis dar. Das können und dürfen wir nicht ignorieren. Die Befürchtung, dass Taufen und Trauungen nun aus den Kirchen „auswandern“, ist vermutlich unbegründet. Warten wir es ab. Nicht abwarten sollten wir allerdings, wenn es darum geht, die in Detmold und Lemgo bei den beiden Tauffesten gemachten Erfahrungen für die ganze Landeskirche fruchtbar zu machen. Wollen wir solche Tauffeste

regelmäßig feiern? Ist es denkbar, dass jedes Jahr oder alle zwei Jahre eine Klasse die Verantwortung für ein Tauffest übernimmt, zu dem Tauffamilien aus der ganzen Landeskirche eingeladen werden? Wie und wo können die Erfahrungen gebündelt werden? Darüber sollte die Kammer für Volksmission und Öffentlichkeitsarbeit unbedingt beraten.

Die Lippische Landeskirche wird sich auch im kommenden Jahr unter Volksmischen. Für Pfingsten 2012 ist in Detmold der *NRW-Tag in Verbindung mit den Lippertagen und dem Europäischen Straßentheaterfestival* vorgesehen; dazu werden viele tausend Menschen erwartet. Am Pfingstsonntag werden wir gegen Mittag einen ökumenischen Gottesdienst auf dem Detmolder Marktplatz feiern. Außerdem wollen die Detmolder Gemeinden Angebote in den Innenstadtkirchen machen, und es ist beabsichtigt, das Landeskirchenamt wenigstens zeitweise zu öffnen. Hier soll über die Arbeit der Lippischen Landeskirche, der Lippischen Bibelgesellschaft und der Gemeindestiftung Lippe informiert und die Möglichkeit zum Wiedereintritt in die evangelische Kirche gegeben werden. Kirchenrat Tobias Treseler hat die Koordination der kirchlichen Aktivitäten beim NRW-Tag 2012 übernommen.

Ihren Kirchraum hat auch die ev.-luth. Kirchengemeinde Bad Salzuflen verlassen, als sie einen Aktionstag zum Thema „Es ist genug für alle da!“ durchführte. An diesem Tag gingen etwa fünfzig Ehrenamtliche der Gemeinde in die Fußgängerzone des Kurortes. Dort suchten sie mit Straßencafé, Aktionsständen und Installationen das Gespräch mit den Passanten über Kirche, Glauben und soziale Gerechtigkeit. Ein Gottesdienst zum Auftakt und eine Andacht als Abschluss umrahmten den Tag. Für diese Aktion, die die Frage, wie eine Kirchengemeinde missionarisch handeln kann, konkret beantwortete, gab es den *Gemeindepreis 2011 der Evangelischen Gemeindestiftung Lippe*. Den zweiten und dritten Preis erhielten die ev.-ref. Kirchengemeinde Leopoldstal für ein Kindermusical und die ev.-luth. Kirchengemeinde Detmold für eine neue Form des Gottesdienstes („junger Gottesdienst“). Die Gemeindestiftung wird den Gemeindepreis auch im kommenden Jahr vergeben und bittet die Kirchengemeinden sich an dem Wettbewerb zu beteiligen.

Im vergangenen Jahr wurde der Synode über das Projekt „*Pilgern in Lippe*“ berichtet, das das Referat für Jugend-, Frauen- und Bildungsarbeit unter Federführung von Monika Korbach und Anja Halatscheff entwickelt hat. Seinerzeit

hieß es: „Schon jetzt zeigt sich, dass Menschen sich dieser alten, für uns aber ungewohnten Weise spirituellen Erlebens öffnen.“ Inzwischen ist der Pilgerweg eröffnet und erfreut sich großer Beliebtheit. Auffällig ist, dass gerade auch solche Menschen dieses geistliche Angebot annehmen, die in unseren regelmäßig stattfindenden Gottesdiensten eher weniger zu Hause sind. Zu danken ist neben den genannten Mitarbeiterinnen den vielen Ehrenamtlichen, die Zeit und Kraft investieren, um den Menschen auf eine ihnen gemäße Weise das Evangelium weiterzusagen.

Schon seit fast fünfundzwanzig Jahren werden unter Leitung von Pfarrer i.R. Günter Puzberg die *Wochen der Besinnung* auf Juist durchgeführt. Bis heute haben insgesamt 926 Personen dieses Angebot der Erholung, der Seelsorge und der Besinnung auf biblische Texte bzw. geistliche Themen wahrgenommen und sind gestärkt in ihren Alltag zurückgekehrt. Auch unter ihnen sind Menschen, die wenig oder gar keinen Kontakt zu ihrer Ortsgemeinde haben, so dass die Wochen der Besinnung die gemeindlichen Bemühungen um die Kommunikation des Evangeliums sinnvoll ergänzen. Pfarrer Puzberg und seiner Frau Gerlinde Puzberg sowie Frau Birgit Krohn-Grimberghe sei für ihren (ehrenamtlichen) Einsatz von Herzen gedankt! Da das Leitungsteam etwas kürzer treten möchte, ist rechtzeitig zu überlegen, wie die Wochen der Besinnung fortgeführt werden können.

Der Verbreitung des Evangeliums dienen auch die *Jahresthemen*, die sich die Lippische Landeskirche seit einigen Jahren gibt. Inzwischen neigt sich das Themenjahr „gottesgeschenk – das jahr der taufe 2011“ seinem Ende zu. In vielen Gottesdiensten und Veranstaltungen unterschiedlicher Art wurden Menschen an ihre Taufe erinnert oder zur Taufe eingeladen. Außerdem waren theologische Vorträge zum Thema zu hören, und es wurden Ideen für die Taufpraxis der Gemeinden weitergegeben. Dr. Werner Weinholt hat sich hier dankenswerter Weise sehr engagiert und ist auch künftig bereit an der Gestaltung der Themenjahre mitzuarbeiten. Die nächsten Jahresthemen werden aus praktischen Gründen jene Themen sein, mit denen die EKD die Reformationsdekade gestaltet. Dazu wird Kirchenrat Treseler noch mündliche Erläuterungen

geben. Anders als in den vergangenen Jahren werden sich vom kommenden Jahr an die Amtliche Pfarrkonferenz und die Pfarrerfortbildung auf Juist nicht mit dem aktuellen sondern mit dem für das Folgejahr vorgesehenen Jahresthema auseinandersetzen, so dass den Pfarrerinnen und Pfarrern mehr Zeit zur Vorbereitung von Veranstaltungen und Aktionen in ihrer Gemeinde bzw. ihrem Funktionsbereich bleibt.

„*Darum gehet hin und machet zu Jüngern alle Völker!*“ Besondere missionarische Aktionen und Projekte können ihre Wirkung nur entfalten, wenn sie durch eine solide *Gemeindearbeit* grundiert sind. Deshalb muss die Arbeitsfähigkeit der Gemeinden auch bei sinkenden Gemeindegliederzahlen und zurückgehenden finanziellen Mitteln erhalten werden. Das betrifft besonders den *Pfarrdienst*. Die Arbeitsgruppe, die das von der Synode in Auftrag gegebene Konzept für den Gemeindepfarrdienst erstellen soll, ist an der Arbeit. In der vergangenen Woche hat eine Klausurtagung dieser Arbeitsgruppe mit den Superintendentinnen und Superintendenden stattgefunden, die von dem Leiter der Gemeindeberatung / Organisationsentwicklung der Evangelischen Kirche im Rheinland begleitet wurde. Die Ergebnisse werden nun zu einem Konzept verdichtet und Ihnen bei der Synodaltagung im Juni zur Beschlussfassung vorgelegt. Gleichzeitig hat der Landeskirchenrat eine Arbeitsgruppe zum Dienstwohnungsrecht eingesetzt. Sie soll prüfen, ob angesichts der rasanten Veränderung der Rahmenbedingungen (Finanzknappheit in den Gemeinden; Zunahme von Teildiensten usw.) an den zurzeit geltenden gesetzlichen Bestimmungen festgehalten werden kann oder ob der Synode eine Änderung des Dienstwohnungsrechtes vorgeschlagen werden soll. Die Dienstwohnungsfrage ist zunehmend eine Quelle von Konflikten; allerdings wird es keinen lippischen Alleingang ohne Rücksicht auf die anderen Gliedkirchen der EKD geben dürfen. Und schließlich: Mit dem Ende dieses Jahres läuft die auf fünf Jahre befristete Änderung des Pfarrstellenbesetzungsgesetzes aus, die das Recht zur Besetzung von Pfarrstellen auf den Landeskirchenrat überträgt. Rückblickend wird man sagen können, dass diese Regelung manche Entscheidung beschleunigt hat. Ein großer Teil der erforderlichen Stellenreduzierungen konnte umgesetzt werden, und Neubesetzungen erfolgten in Abstimmung mit

den Kirchengemeinden ohne Probleme. Da das Recht der Pfarrstellenbesetzung jedoch eines der wichtigsten Rechte des Kirchenvorstandes ist, wird keine Verlängerung der zurzeit noch geltenden Regelung angestrebt.

Vor wenigen Tagen ist der erste Kurs zur Ausbildung von *Prädikantinnen und Prädikanten* mit einem festlichen Gottesdienst abgeschlossen worden, so dass in diesen Wochen bis zu elf Männer und Frauen neu in den ehrenamtlichen Verkündigungsdienst berufen werden können. An der Durchführung des Kurses, der von Pfarrer Horst-Dieter Mellies geleitet wurde, waren zahlreiche Pfarrerrinnen und Pfarrer unserer Landeskirche beteiligt; ihnen allen sei für die zusätzliche Mühe herzlich gedankt. Zwei Missverständnisse sollen an dieser Stelle ausgeräumt werden. Erstens: Der Dienst der Prädikantinnen und Prädikanten dient ausdrücklich *nicht* der Entlastung von Pfarrerrinnen und Pfarrern, sondern soll die gottesdienstliche Verkündigung in der Gemeinde bereichern und ergänzen. So wird sichtbar, dass die Weitergabe des Evangeliums *der ganzen Gemeinde* anvertraut ist. Wo Pfarrerrinnen und Pfarrer Entlastung brauchen, sind die Superintendentinnen und Superintendenten sowie das Landeskirchenamt gefragt. Das zweite hängt damit zusammen. Auch wenn es hier schon mehrfach vorgetragen wurde: Prädikantinnen und Prädikanten sind keine „Pfarrer light“. Ihnen ist ausschließlich der Dienst an Wort und Sakrament, nicht aber der pfarramtliche Dienst in Gänze übertragen. Insofern stellt ihr Dienst den Grundsatz, dass unsere Pfarrerrinnen und Pfarrer nur nach akademischem Studium und theologisch-praktischer Ausbildung sowie entsprechenden Examina in ein Pfarramt berufen werden können, nicht in Frage. Die Prädikantenausbildung ist mit einem Universitätsstudium nicht von ferne vergleichbar und muss es auch nicht sein. Allerdings stellen wir durch das abschließende Kolloquium sicher, dass das für den ehrenamtlichen Verkündigungsdienst erforderliche Wissen auch wirklich erworben wurde. In Kürze beginnt ein zweiter Prädikantenkurs.

3. Worauf wir uns verlassen können

„Wir müssen alle offenbar werden vor dem Richterstuhl Christi.“ Wir werden also Rechenschaft abzulegen haben über das, was wir gewusst und das, was wir (nicht) getan haben. Nach unserem kurzen und gewiss erweiterbaren Blick auf die gegenwärtige Lage von Gesellschaft, Staat und (Lippischer Landes-)Kirche können wir festhalten: Erstens: Wir wissen mehr als uns lieb ist. Zweitens: Wir haben versucht Gottes Gebot zu halten und es ist uns wohl auch da und dort gelungen. Drittens: Wir sind etliches schuldig geblieben.

Die biblische Tradition weiß darum, dass wir Menschen sowohl Gott als auch anderen Menschen vieles schuldig bleiben und nennt diesen Sachverhalt *Sünde*. Dabei tritt die Sünde in unterschiedlicher Weise zutage. Der Theologe Karl Barth nennt in seiner Kirchlichen Dogmatik als Ausdrucksform der Sünde den Hochmut, die Lüge und die Trägheit.

Mit der Sünde des Hochmutes und der Lüge hat sich eine Gruppe von Lippern auseinandergesetzt, die im August nach Litauen aufbrach, um in der Stadt Birzai einen verwahten jüdischen Friedhof aufzuräumen und zu säubern. Die Gruppe nahm auch an einer Gedenkfeier teil, mit der an die Hinrichtung von 2.400 Jüdinnen und Juden durch Deutsche (und Litauer) an einem einzigen Tag des Jahres 1941 erinnert wurde. Durch Hochmut und Lüge war dieses Verbrechen möglich geworden. Die Initiative wurde von Vertretern der Stadt äußerst positiv aufgenommen und als Zeichen des Versöhnungswillens verstanden.

Es scheint vor allem die Sünde der *Trägheit* zu sein, die uns derzeit daran hindert Gottes Gebot ganz zu halten. Dabei ist unter Trägheit nicht etwa Faulheit zu verstehen (es haben ja in unserer Kirche viele Menschen unermüdlich und manchmal wohl bis an die Grenze ihrer Kraft gearbeitet!), sondern es handelt sich um eine *geistliche* Trägheit, um mangelndes Vertrauen auf Gott. Dieses mangelnde Vertrauen mag sich in Sätzen wie diesen äußern: „Was soll ich einzelner Mensch denn schon bewirken?“ oder: „Was können wir Christen denn schon ändern? Wir werden doch immer weniger!“ oder: „Welche die Gesell-

schaft verändernden Impulse kann denn schon eine so kleine Landeskirche wie die Lippische aussenden?“ Gegen solche Trägheit hilft die Erinnerung daran, dass die Kirche mehr und anderes ist als das, was wir aus ihr machen: „Ich glaube, dass der Sohn Gottes aus dem ganzen Menschengeschlecht sich eine auserwählte Gemeinde zum ewigen Leben durch seinen Geist und Wort in Einigkeit des wahren Glaubens von Anbeginn der Welt bis ans Ende versammelt, schützt und erhält und dass auch ich ein lebendiges Glied dieser Gemeinde bin und ewig bleiben werde.“ heißt es als Antwort auf Frage 54 im Heidelberger Katechismus. In der Kraft Christi wollen wir unseren Weg als Lippische Landeskirche fortsetzen.

Eine Frage indes ist noch nicht wirklich beantwortet: Was wird sein, wenn wir am Ende unseres Weges als Kirche vor den Richter Jesus Christus treten? Klar ist, dass wir angesichts all dessen, was wir schuldig geblieben sind, nicht ohne weiteres mit einem Freispruch rechnen können. Andererseits heißt es in der Antwort auf Frage 56 des Heidelberger Katechismus: „Gott will um Christi willen aller meiner Sünden, auch der sündigen Art, mit der ich mein Leben lang zu kämpfen habe, nicht mehr gedenken. Aus Gnade schenkt er mir die Gerechtigkeit Christi, so dass ich nicht mehr ins Gericht kommen werde.“ Hier nimmt der Heidelberger Katechismus Bezug auf Johannes 3,18: „*Wer an ihn (den Sohn Gottes) glaubt, der wird nicht gerichtet.*“ Das ist nun überraschend und steht deutlich im Widerspruch zu dem, was Paulus den Korinthern schreibt: „*Wir müssen alle offenbar werden vor dem Richterstuhl Christi*“. Dieser Widerspruch kann nicht aufgelöst sondern muss ausgehalten werden: Wir werden einerseits fest damit rechnen vor dem endzeitlichen Richter Jesus Christus Rechenschaft über unser Tun und Lassen ablegen zu müssen. Das nötigt uns auf dieser Erde Verantwortung zu übernehmen. Wir werden uns für Flüchtlinge einsetzen, zur Bewahrung der Schöpfung beitragen, das geborene wie das ungeborene menschliche Leben schützen, die alten Menschen achten, für die Einheit der Kirche beten und arbeiten und das Evangelium unter die Leute bringen. An diese Verantwortung sollte unser Rechenschaftsbericht erinnern. Ebenso fest,

wie wir mit dem kommenden Gericht rechnen, verlassen wir uns andererseits darauf, dass der Richter, Jesus Christus, unserer Sünde nicht gedenkt und wir deshalb *nicht* ins Gericht kommen werden. Das macht uns gelassen. Gelassen und nüchtern können wir analysieren, was wir in der Vergangenheit schuldig geblieben sind und was wir zukünftig besser machen können. Auch dazu sollte dieser Rechenschaftsbericht beitragen.

Ehre sei Gott und Friede auf Erden

Botschaft der Internationalen ökumenischen Friedenskonvokation

Ich bete, „dass er euch Kraft gebe nach dem Reichtum seiner Herrlichkeit, stark zu werden durch seinen Geist an dem inwendigen Menschen, dass Christus durch den Glauben in euren Herzen wohne und ihr in der Liebe eingewurzelt und gegründet seid.“ (Epheser 3, 16-17)

Wir verstehen Frieden und Friedensstiften als unverzichtbaren Bestandteil unseres gemeinsamen Glaubens. Friede ist untrennbar verbunden mit der Liebe, Gerechtigkeit und Freiheit, die Gott allen Menschen durch Christus und das Werk des Heiligen Geistes als Gabe und Berufung geschenkt hat. Friede ist ein Lebensentwurf, der die menschliche Teilhabe an Gottes Liebe zur Welt widerspiegelt. Der dynamische Charakter des Friedens als Gabe und Berufung steht nicht im Widerspruch zur Existenz von Spannungen, die ein wesentliches Element menschlicher Beziehungen sind, kann aber deren zerstörerische Kraft mildern, indem er Gerechtigkeit und Versöhnung bringt.

Gott segnet die Friedfertigen. Die Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) und andere Christen und Christinnen sind wie nie zuvor vereint in ihren Bestrebungen, Mittel und Wege zu finden, um gegen Gewalt vorzugehen und Krieg zur Herstellung eines „gerechten Friedens“ abzulehnen. Gerechter Friede entsteht durch eine gemeinsame Antwort auf Gottes Ruf, Frieden in Gerechtigkeit herzustellen. Gerechter Friede lädt uns ein, den vor uns liegenden Weg gemeinsam mit anderen zu gehen und uns zu verpflichten, eine Kultur des Friedens aufzubauen.

Wir, fast 1000 Teilnehmer und Teilnehmerinnen aus mehr als 100 Ländern, sind vom ÖRK zu dieser Internationalen ökumenischen Friedenskonvokation (IöFK) eingeladen worden und teilen miteinander die Erfahrung dieser Versammlung von Vertretern/innen christlicher Kirchen und Partnern aus anderen Religionen, die sich für Frieden in der Gemeinschaft, für Frieden mit der Erde, für Frieden in der Wirtschaft und Frieden zwischen den Völkern engagieren. Vom 17. bis 25. Mai 2011 haben wir uns auf dem Gelände der Universität der West Indies (Mona) in der Nähe von Kingston (Jamaika) versammelt. Unser tiefer Dank geht an unsere Gastgeber in Jamaika und der ganzen karibischen Region, die uns sehr großzügig einen mannigfaltigen und offenen Rahmen für unsere Begegnung bereitgestellt haben. Allein die Tatsache, dass wir auf dem Gelände einer ehemaligen Zuckerplantage getagt haben, hat uns die Ungerechtigkeit und Gewalt der Sklaverei und des Kolonialismus sowie all die Formen der Sklaverei, die die Welt auch heute noch quälen, in Erinnerung gerufen. Die großen Herausforderungen, vor denen Jamaika infolge des hohen Gewaltniveaus steht, wie auch das mutige Engagement der Kirchen, die sich diesen Herausforderungen stellen, haben sich in unserer Arbeit niederschlagen.

Wir haben die Anliegen unserer Kirchen und Regionen mit nach Jamaika gebracht; wir haben miteinander gesprochen; jetzt haben wir eine Botschaft, die wir an die Kirchen und die Welt richten wollen. Wir sind uns in gemeinsamer Bibelarbeit und geistlich bereichernder Andacht, durch inspirierende künstlerische Aufführungen und Werke, Besuche kirchlicher und anderer Dienst-einrichtungen vor Ort, durch Plenarveranstaltungen, Seminare, Workshops, kulturelle Veranstaltungen, Vortragssitzungen, breit angelegte Diskussionen und zutiefst bewegende Gespräche mit Menschen, die Gewalt, Ungerechtigkeit und Krieg erlebt haben, näher gekommen. Wir haben die Errungenschaften der ökumenischen Dekade zur Überwindung von Gewalt (2001-2010) gefeiert. Unsere vielfältigen Aktivitäten, Erfahrungen und Begegnungen auf dieser Konvokation haben uns in inspirierender Weise deutlich gemacht, dass die Überwindung von Gewalt möglich ist. Die Dekade zur Überwindung von Gewalt hat viele wunderbare Beispiele dafür hervorgebracht, wie Christen und Christinnen tatsächlich etwas bewegen können.

Während unserer Versammlung in Jamaika haben wir Ereignisse in der Welt, in der wir leben, sehr bewusst wahrgenommen. Erfahrungsberichte aus unseren Kirchen haben uns vor Augen geführt, dass Kirchen auf lokaler Ebene seelsorgerliche und soziale Verantwortung für Menschen haben, die täglich mit all den Problemen konfrontiert sind, über die wir diskutiert haben. Die Folgen des Erdbebens und des Tsunamis in Japan werfen drängende Fragen zur Atomenergie und zu den daraus resultierenden Gefahren für Natur und Menschheit auf. Regierungs- und Finanzinstitutionen stehen vor der Notwendigkeit, Verantwortung für ihre gescheiterte Politik und deren verheerende Auswirkungen auf schutzlose Menschen zu übernehmen. Wir sehen mit Sorge und Mitgefühl, wie Menschen in vielen arabischen Ländern für Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenrechte kämpfen, ein Kampf, den mutige Menschen auch in anderen Kontexten führen, ohne dass die Welt ihnen Aufmerksamkeit schenken würde. Unsere Liebe zum israelischen wie auch zum palästinensischen Volk lässt uns zu der Überzeugung gelangen, dass die fortgesetzte Besatzung beiden Völkern Schaden zufügt. Wir bekräftigen erneut unsere Solidarität mit Menschen in geteilten Ländern, wie der koreanischen Halbinsel und Zypern, und Menschen in Ländern wie Kolumbien, Irak, Afghanistan und dem Gebiet der Großen Seen in Afrika, die sich nach Frieden und einem Ende des Leids sehnen.

Wir erkennen, dass Christen und Christinnen sich in von Gewalt, Ungerechtigkeit, Militarismus, Rassismus, Kastenwesen, Intoleranz und Diskriminierung geprägten Systemen häufig mitschuldig machen. Wir bitten Gott, dass er uns unsere Sünden vergeben und uns verwandeln möge in Streiter und Streiterinnen für Gerechtigkeit und gerechten Frieden. Wir appellieren an Regierungen und andere Gruppen, die Religion nicht weiter als Vorwand für die Rechtfertigung von Gewalt zu benutzen.

Gemeinsam mit Partnern anderer Religionen haben wir erkannt, dass Friede ein Grundwert aller Religionen ist und dass die Verheißung von Frieden allen Menschen gilt, egal, welcher Tradition sie angehören und worauf sie ihr Leben gründen. Durch eine Intensivierung interreligiöser Dialoge versuchen wir, in diesen Fragen Gemeinsamkeiten mit allen Weltreligionen zu finden.

Wir sind geeint in unserem Bestreben, dass Krieg illegal werden sollte. In unserem Ringen um Frieden auf Erden sind wir mit unseren unterschiedlichen Kontexten und geschichtlichen Prägungen konfrontiert. Wir erkennen, dass verschiedene Kirchen und Religionen sehr unterschiedliche Sichtweisen im Blick auf den Weg zum Frieden einbringen. Einige von uns sehen persönliche Bekehrung und Moral, das Ja zu Gottes Frieden in unserem Herzen als Ausgangspunkt und Grundlage für die Herstellung von Frieden in Familie, Gemeinschaft, Wirtschaft wie auch auf der ganzen Erde und unter den Völkern. Einige sehen es als notwendig an, sich als Vorbedingung für die Schaffung von Frieden zunächst auf gegenseitige Unterstützung und Korrektur im Leib Christi zu konzentrieren. Einige treten dafür ein, dass die Kirchen sich zusammen mit sozialen Bewegungen engagieren und öffentlich Zeugnis ablegen. Jeder dieser Ansätze hat seine Vorzüge; sie schließen sich nicht gegenseitig aus. De facto sind sie untrennbar miteinander verbunden. Selbst in unserer Vielfalt können wir mit einer Stimme sprechen.

Friede in der Gemeinschaft

Die Kirchen lernen die komplexen Aspekte des gerechten Friedens durch ihre Auseinandersetzung mit den vielfältigen Formen von Ungerechtigkeit und Unterdrückung kennen, die sich überschneiden und im Leben vieler Menschen gleichzeitig gegenwärtig sind. Mitglieder einer Familie oder Gemeinschaft können unterdrückt werden und gleichzeitig selbst andere unterdrücken. Die Kirchen müssen dabei helfen, die Entscheidungen, die täglich getroffen werden müssen, um Missbrauch zu beenden und Menschenrechte, Geschlechtergerechtigkeit, Klimagerechtigkeit, wirtschaftliche Gerechtigkeit, Einheit und Frieden zu stärken, bewusst zu machen. Die Kirchen müssen auch weiterhin gegen Rassismus und Kastenwesen als entmenschlichende Realitäten in der heutigen Welt vorgehen. Desgleichen muss Gewalt gegen Frauen und Kinder als Sünde benannt werden. Ferner müssen bewusste Anstrengungen zur umfassenden Integration von Menschen mit Behinderungen unternommen werden. Fragen der Sexualität spalten die Kirchen und daher ersuchen wir den ÖRK, geschützte Räume zu schaffen, in denen über die trennenden Fragen menschlicher Sexualität gesprochen werden kann. Kirchen haben auf allen Ebenen die Verantwortung, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen zu unterstützen und zu schützen und denjenigen Asyl anzubieten, die sich Militarismus und bewaffneten Konflikten entgegenstellen und widersetzen. Die Kirchen müssen gemeinsam ihre Stimme erheben, um unsere christlichen Brüder und Schwestern sowie alle Menschen, die aus Gründen religiöser Intoleranz diskriminiert und verfolgt werden, zu schützen. Friedenserziehung muss künftig eine zentrale Rolle in den Lehrplänen aller Schulen, Seminare und Universitäten bekommen. Wir erkennen die friedensstiftende Fähigkeit junger Menschen an und rufen die Kirchen auf, Netzwerke von Diensten des gerechten Friedens zu entwickeln und zu stärken. Die Kirche ist aufgerufen, öffentlich für ihre Anliegen einzutreten und der Wahrheit über die engen Mauern der Kirche hinaus Gehör zu verschaffen.

Friede mit der Erde

Die Umweltkrise ist eine zutiefst ethische und spirituelle Krise der Menschheit. Wir erkennen an, dass die Menschen der Erde mit ihrem Verhalten Schaden zugefügt haben, und bekräftigen unser Bekenntnis zur Bewahrung der Schöpfung und zu dem Lebensstil, den uns dies abverlangt. Unsere Sorge um die Erde und unsere Sorge um die Menschheit gehören zusammen. Natürliche Ressourcen und gemeinsame Güter der Menschheit wie Wasser müssen gerecht und nachhaltig miteinander geteilt werden. Gemeinsam mit der globalen Zivilgesellschaft appellieren wir an Regierungen, all unsere wirtschaftlichen Aktivitäten radikal umzustrukturieren, mit dem Ziel, eine ökologisch nachhaltige Wirtschaft auf den Weg zu bringen. Der übermäßige Verbrauch fossiler Brennstoffe und CO₂-Emissionen müssen dringend auf ein Niveau reduziert werden, das eine Begrenzung des Klimawandels ermöglicht. Die ökologische Schuld der Industrieländer, die für den Klimawandel verantwortlich sind, muss bei den Verhandlungen über die Anteile bei den CO₂-Emissionen und die Pläne für die Anpassungskosten berücksichtigt werden. Die Nuklearkatastrophe von Fukushima hat einmal mehr bewiesen, dass wir nicht länger auf Atomstrom als Energiequelle zählen dürfen. Wir lehnen Strategien wie die Ausweitung der Produktion von Agrotreibstoffen ab, die zum Nachteil der Armen ist, weil sie in Konkurrenz zur Herstellung von Nahrungsmitteln tritt.

Friede in der Wirtschaft

In der globalen Wirtschaft gibt es viele Beispiele für strukturelle Gewalt, die nicht durch den direkten Einsatz von Waffen oder physischer Gewalt charakterisiert ist, sondern durch die passive Hinnahme weit verbreiteter Armut, von Handelsverzerrungen und fehlender Gleichberechtigung zwischen Angehörigen verschiedener Gesellschaftsklassen und zwischen Ländern. Im Gegensatz zum ungebremsten Wachstum – der Vision des neoliberalen Systems - entfaltet die Bibel eine Vision von einem Leben in Fülle, ungeachtet von geographischer Region, Lebensumfeld, Geschlechtszugehörigkeit, sexueller Orientierung, Alter, Leistungsfähigkeit, Rasse, ethnischer Zugehörigkeit oder Religion. Die Kirchen müssen lernen, effizienter für die vollständige Umsetzung von wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte als Grundlage für „eine Wirtschaft im Dienst des Lebens“ einzutreten.

Es ist ein Skandal, dass gewaltige Geldsummen für Militärhaushalte, die Lieferung von Waffen an Verbündete und den Waffenhandel ausgegeben werden, während dieses Geld dringend für die Beseitigung von Armut in aller Welt und die Finanzierung einer ökologisch und sozial verantwortlichen Neuausrichtung der Weltwirtschaft gebraucht würde. Wir rufen die Regierungen dieser Welt dringend auf, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um ihre finanziellen Mittel in Programme umzuleiten, die nicht Tod, sondern Leben bringen. Wir ermutigen die Kirchen, gemeinsame Strategien, die auf eine Reform der Wirtschaft ausgerichtet sind, zu beschließen. Die Kirchen müssen wirksamer der unverantwortlichen Konzentration von Macht und Reichtum sowie der Geißel der Korruption entgegenzutreten. Zu den Schritten auf dem Weg zu gerechten und verantwortlichen Volkswirtschaften gehören effizientere Regeln für den

Finanzmarkt, die Einführung von Steuern auf Finanztransaktionen und gerechte Handelsbeziehungen.

Friede zwischen den Völkern

Die Geschichte führt uns, insbesondere im Zeugnis der historischen Friedenskirchen, vor Augen, dass Gewalt gegen den Willen Gottes ist und keine Konflikte lösen kann. Aus diesem Grund gehen wir über die Lehre vom gerechten Krieg hinaus und bekennen uns zum gerechten Frieden. Voraussetzung dafür ist, dass Konzepte nationaler Sicherheit, die sich exklusiv auf die eigene Nation konzentrieren, zugunsten der Sicherheit für alle überwunden werden. Dazu gehört, dass Tag für Tag daran gearbeitet werden muss, Ursachen von Gewalt vorzubeugen, das heißt, sie zu vermeiden. Viele praktische Aspekte des Konzepts des gerechten Friedens erfordern Diskussion, Urteilsfindung und weitere Ausarbeitung. Wir ringen weiter um die Frage, wie unschuldige Menschen vor Ungerechtigkeit, Krieg und Gewalt geschützt werden können. In diesem Zusammenhang stellen wir uns tiefgreifende Fragen zum Konzept der „Schutzverantwortung“ und zu dessen möglichem Missbrauch. Wir rufen den ÖRK und seine Partnerorganisationen dringend auf, ihre Haltung in dieser Frage weiter zu klären.

Wir treten für vollständige nukleare Abrüstung und die Kontrolle der Weiterverbreitung von Kleinwaffen ein.

Wir als Kirchen sind in der Lage, die Mächtigen Gewaltfreiheit zu lehren - wenn wir es nur wagen. Denn wir folgen dem Einem nach, der als hilfloses Kind in die Welt kam, der am Kreuz gestorben ist, der uns gesagt hat, dass wir unsere Schwerter beiseitelegen sollen, der uns gelehrt hat, unsere Feinde zu lieben, und der von den Toten auferweckt wurde.

Auf unserem Weg zum gerechten Frieden ist eine neue internationale Agenda aufgrund des Ausmaßes der Gefahren, die uns von allen Seiten bedrohen, von größter Dringlichkeit. Wir wenden uns an die ökumenische Bewegung als Ganze und insbesondere an die Verantwortlichen für die Planung der ÖRK-Vollversammlung, die 2013 in Busan (Korea) unter dem Thema „Gott des Lebens, weise uns den Weg zu Gerechtigkeit und Frieden“ stattfinden wird, und rufen sie auf, dem gerechten Frieden in all seinen Dimensionen höchste Priorität zu geben. Materialien wie *Ein ökumenischer Aufruf zum gerechten Frieden* und der *Begleiter auf dem Weg zum gerechten Frieden* können eine Hilfestellung auf dem Weg nach Busan sein.

Dank und Lob sei dir, o dreieiniger Gott: Ehre sei dir und Friede deinem Volk auf Erden. Gott des Lebens, weise uns den Weg zu Gerechtigkeit und Frieden. Amen.

Anlage 2

Orientierungspapier der Kammer für Migration und Integration zu Migrationsfragen angesichts der politischen Entwicklungen im Mittelmeerraum

I. Zusammenfassung und Bewertung

Aufgrund der politischen Umwälzungen in Nordafrika gibt es erhebliche Migrationsbewegungen im Mittelmeerraum, die in den betroffenen nordafrikanischen Staaten zu einem **großen Bedarf an humanitärer Hilfe vor Ort** führen. Gleichzeitig verzeichnen südeuropäische Staaten **eine Zunahme** über das Mittelmeer ankommender Migrantinnen und Migranten und fordern im Blick auf ihre Aufnahme und Verteilung Solidarität innerhalb der EU ein.

In dieser komplexen Situation gilt es zu unterscheiden zwischen

- Hunderttausenden **Migranten** aus Libyen und Tunesien, die zunächst **in nordafrikanischen Nachbarländern** Aufnahme suchen. Diese Menschen und die Aufnahmestaaten bedürfen **konkreter politischer wie finanzieller Unterstützung**, um kurzfristig die akute humanitäre Notlage zu lindern, den Menschen nach Möglichkeit bei der Rückkehr in ihre Heimatländer zu helfen oder aber Perspektiven in der Region zu entwickeln.
⇒ Nordafrika braucht dabei solidarische Unterstützung durch die EU und die Mitgliedstaaten.
- ca. **8.000 schutzbedürftigen Personen aus Drittstaaten**, die in Libyen vom UNHCR bereits Ende des letzten Jahres als Flüchtlinge anerkannt und teilweise bereits für Neuansiedlungsprogramme ausgewählt wurden. Diese Personen befinden sich in einer **besonders prekären Situation**. Da sie weder in ihre Heimatländer zurückkehren noch in Libyen verbleiben können, müssen sie **dringend in anderen Staaten neuangesiedelt** werden.
⇒ Dies ist ein weiterer Anlass, um kirchlicherseits erneut den **Aufbau eines europäischen Neuansiedlungsprogramms** anzumahnen und von der Bundesregierung und den Ländern ein institutionalisiertes Neuansiedlungsprogramm zu fordern, das komplementär zur Asylgewährung die deutsche Flüchtlingspolitik ergänzen sollte.
- **Migranten und Flüchtlingen, die aus Nordafrika mit Booten an europäischen Küsten anlanden** (bisher in 2011 waren es 38.714 in Italien¹, 1.453 in Malta²). Alle diese Personen haben das Recht, respektvoll und unter Einhaltung des internationalen und EU-Rechts behandelt zu

¹ Vgl. UNHCR LIBYA North Africa and Mediterranean Response – Situation Report vom 30. Mai 2011

² Vgl. Angaben Pressemitteilung vom DRK: <http://www.drk.de/news/meldung/5806-dreitage-aus-see-347-fla14chtlinge-erreichen-malta.html> (vom 24. Mai 2011)

werden. Dazu gehören bei **Schutzsuchenden die Durchführung eines Asylverfahrens unter würdevollen Bedingungen** und das **Verbot der Zurückweisung** in ein Land, in dem ihnen schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen drohen („Refoulement“).

⇒ **Europa muss seiner Verpflichtung zum Flüchtlingsschutz uneingeschränkt nachkommen. Besonders betroffene EU-Staaten**, die wie z.B. Malta relativ viele Menschen aufnehmen, **müssen solidarisch unterstützt werden**. Die Aufnahme von 150 Schutzbedürftigen in Deutschland auf dem Wege der sog. *Relocation* ist dabei als erster Ansatz zu begrüßen. Dauerhaft wird es jedoch eines **Systems der Verantwortungsteilung innerhalb der EU** bedürfen - in welchem zum einen alle Mitgliedstaaten die Einhaltung des EU-Flüchtlingsrechts sicherstellen, zum anderen eine ausgewogene Verteilung von Schutzbedürftigen in Europa erreicht wird. Ein erster Schritt könnte in der **Änderung der Dublin-II-Verordnung** durch die Aufnahme eines Notfallmechanismus bestehen, wie von der Europäischen Kommission vorgeschlagen: die Überstellungsmechanismen sollen ausgesetzt werden können, wenn der zuständige Mitgliedstaat besonderem Druck ausgesetzt ist oder wenn zu befürchten ist, dass das Schutzniveau in dem betreffenden Staat unzureichend ist.

⇒ Angesichts von mehr als 1.200 zu Tode gekommenen „Bootsflüchtlingen“ seit Anfang des Jahres 2011 müssen die europäischen Staaten dringend ihre Anstrengungen zur Seenotrettung von Flüchtlingen verstärken. In diesem Zusammenhang ist immer wieder darauf hinzuweisen, dass die Einhaltung des Refoulement-Verbots sichergestellt wird und die Verantwortlichkeiten zwischen FRONTEX und den Mitgliedstaaten klar gefasst sind. Daher ist für die Beratungen zur Weiterentwicklung der FRONTEX-Verordnung nachdrücklich einzufordern, ein unabhängiges Monitoring der FRONTEX-Einsätze in der Verordnung zu verankern und dadurch die Transparenz zu erhöhen und Verantwortlichkeiten zu klären.

⇒ Die Umbruchsituation in Nordafrika unterstreicht die Notwendigkeit, eine **Gemeinsame Migrations- und Flüchtlingspolitik der EU** zu schaffen; dafür ist eine weitergehende Harmonisierung notwendig. Darüber hinaus **müssen die Mitgliedstaaten in überschaubarem Umfang legale Zuwanderungswegen eröffnen**.

II. Hintergrund

1. Krise in Libyen - Migration, Flucht und humanitäre Versorgung

Aufgrund der Krise sind fast 1 Million Menschen aus Libyen ausgereist, **über 750.000 Menschen aus Libyen** werden zunächst in den Nachbarstaaten aufgenommen, vor allem in Tunesien (mehr als 300.000) und Ägypten (ca. 450.000). Darunter sind mindestens 50.000 Libyer, 23.000 Tunesier und viele Ägypter).

In Libyen waren bereits vor der Krise **8.000 Personen** aus Drittstaaten (v.a. Eritrea, Irak, Somalia) **vom UNHCR als Flüchtlinge anerkannt** und schon für

die Neuansiedlung in anderen Staaten vorgesehen. In ihrer Heimat werden sie verfolgt und können nicht dorthin zurückkehren. Sie sind in einer **besonders prekären Lage**, da sie von der libyschen Oppositionsbewegung (aufgrund ihrer Herkunft) als Söldner Gaddafis angesehen und verfolgt werden. Der libysche Staat gewährt ihnen keinen Schutz. UNHCR bemüht sich derzeit um Notfall-Neuansiedlungsplätze für 8.000 (später ggf. 20.000) Personen.

Durch die hohen Flüchtlingszahlen besteht eine **humanitär äußerst angespannte Situation** insbesondere in den Grenzregionen. Die Lage in den Aufnahmelagern in Grenznähe ist nicht dauerhaft stabil, wie die Gewalttätigkeiten an der libysch-tunesischen Grenze Mitte Mai zeigen. Innerhalb Libyens halten sich viele Menschen in der Region um die belagerte Stadt Misrata auf, wo die Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern nicht gesichert ist. In der tunesischen Grenzregion wachsen Spannungen zwischen Flüchtlingen und der tunesischen Bevölkerung. Es werden **internationale Anstrengungen zur Repatriierung** (u.a. durch die Internationale Organisation für Migration, die bisher mehr als 100.000 Personen aus Tunesien zurückgeführt hat) **und zur Versorgung der verbleibenden Migranten/innen** unternommen (u.a. durch World Food Programme, UNICEF, WHO, ECHO, ACT Alliance, LWF, MSF, IKRK). Die EU hat eine **Unterstützung in Höhe von ca. 100 Millionen Euro** zugesagt, davon **aus Deutschland mehr als 7 Millionen Euro** für medizinische Versorgung und als Beitrag zum Lufttransport von Betroffenen in ihre Heimatländer.

2. Italien

In **Italien** sind seit Jahresbeginn mehr als **38.000 Menschen aus Tunesien** über das Mittelmeer angekommen. Nach ersten Einschätzungen sind dies überwiegend Personen, die eine bessere (wirtschaftliche) Lebensperspektive in Europa suchen; allerdings sind darunter auch Personen, die Schutz vor Verfolgung suchen (bisher ca. 2.300 Asylanträge). Man spricht hier von „mixed migration“. Jüngst kommt es vermehrt zu Anlandungen, v.a. auf der Insel Lampedusa, von Booten aus Libyen u.a. mit Schutzsuchenden aus Eritrea, Somalia, Äthiopien, Ghana und Nigeria. **Lampedusa hat Aufnahmekapazitäten für ca. 850 Personen**, zeitweise hielten sich dort aber bis zu 6.000 auf; sie werden nun regelmäßig mit Schiffen auf das italienische Festland verteilt.

Reaktion der italienischen Regierung: Ein „**technisches Abkommen**“ mit **Tunesien** vom 05.04. regelt die Rückübernahme aller neu (!) ankommenden Migranten aus Tunesien und sieht u.a. technische Ausstattungshilfe sowie 100 Mio. € Soforthilfe für tunesischen Küstenschutz vor. Seit dem 17.04. stellt Italien **temporäre Aufenthaltstitel für sechs Monate für zuvor angekommene Migranten** aus. Diese legalisieren den Aufenthalt in Italien und berechtigen grundsätzlich zur Weiterreise und zum Aufenthalt bis zu drei Monaten in anderen Schengenstaaten, wenn ausreichende finanzielle Mittel nachgewiesen werden können. Frankreich hat daraufhin wieder Kontrollen an der Grenze zu Italien eingeführt. Italien wiederum hat sich zur Rückübernahme aller irregulären Migranten verpflichtet.

3. Malta

Seit März sind **mehr als 1.500 Personen aus Libyen angelandet**, vorwiegend Staatsangehörige von Somalia, Eritrea und Äthiopien mit längerem Voraufenthalt in Libyen, mittlerweile aber auch libysche Staatsangehörige. Rund **900 Personen haben in Malta Asyl beantragt**; ein Teil der Personen war bereits in Libyen vom UNHCR als Flüchtling anerkannt worden. Bis zur Klärung ihres Status müssen sie sich in zwei geschlossenen Aufnahmeeinrichtungen aufhalten. Die materiellen Bedingungen dort gelten - abgesehen vom Umstand der Inhaftierung – als deutlich besser als in den offenen Aufnahmeeinrichtungen, die es in Malta für bereits länger aufhältige Flüchtlinge und Migranten gibt.

Die maltesische Regierung hat sich an die EU-Staaten mit der Bitte gewandt, Schutzsuchende aufzunehmen (sog. „Relocation“). Deutschland hat daraufhin eine Übernahme von 150 Personen (v.a. Familien und Alleinerziehende mit Kindern) zugesagt. Ein Verfahren auf der Grundlage von §23 II AufenthG wird derzeit vorbereitet. Auch Österreich, Spanien, die Slowakei und Ungarn haben Übernahmen zugesagt.

4. Tote im Mittelmeer

Seit Anfang des Jahres 2011 sind mehr als 1.200 Menschen beim Versuch, über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen, zu Tode gekommen. Dabei wurden wiederholt Vorwürfe laut, dass vorbeifahrende Schiffe und Küstenwachen ihrer Pflicht zur Seenotrettung nicht nachgekommen seien. Im Rahmen der von der EU-Grenzschutzagentur Frontex koordinierten Operation „Hermes“ wurden bisher über 5.000 Personen bei Seenot-Rettungsaktionen aufgenommen. Die Kommission der Kirchen für Migranten in Europa (CCME) und die BAG Asyl in der Kirche geben seit 2010 anlässlich des Internationalen Flüchtlingstages jährlich eine Materialhilfe für das Gedenken an die Toten an den EU-Außengrenzen heraus.

5. Syrien

Auch in Syrien fordern große Teile der Bevölkerung Veränderungen. Die Regierung versucht, die Proteste mit Gewalt und Verfolgung zu unterdrücken. Entsprechend sind inzwischen einige Tausend Menschen in die Nachbarstaaten Libanon und die Türkei geflohen. In den vergangenen Jahren hatte Syrien u.a. mehr als 1,2 Millionen irakischen Flüchtlingen Aufnahme gewährt. In 2010 gab es dort noch 151.000 irakische Flüchtlinge, die vom UNHCR anerkannt waren. Diese Flüchtlinge könnten angesichts der angespannten Lage zunehmend unter Druck geraten und erneut zur Flucht in ein anderes Land gezwungen sein.

III. Politische Entwicklung in der EU

EU-Mittelmeerrainer Zypern, Malta, Italien, Griechenland und Spanien **fordern in gemeinsamer Erklärung** vom 19.04.2011 eine bessere **Unterstützung** beim Grenzschutz, die Stärkung der EU-Grenzschutzagentur

Frontex, personelle „Lastenteilung“ innerhalb EU, verstärkte Kooperation mit Tunesien und Ägypten, finanzielle und operative Unterstützung, u.a. durch das - im Aufbau befindliche - EU-Asylunterstützungsbüro EASO auf Malta.

Der Europäische Rat sprach sich im März für eine **umfassende Strategie auf Basis des EU-Gesamtansatzes Migration** aus, u.a. für den Dialog mit südlichen Mittelmeerstaaten über Fragen des Grenzschutzes, für den Ausbau des Flüchtlingsschutzes vor Ort und der Rückführungen. Die EU-Kommission strebt eine neue Partnerschaft mit südlichen Mittelmeeranrainern an.

Am 4. Mai 2011 hat die Europäische Kommission eine Mitteilung zur aktuellen Migrations- und Flüchtlingspolitik in der EU vorgelegt. Darin schlägt sie kurzfristige Maßnahmen zur Bewältigung der Flüchtlingssituation im Mittelmeerraum sowie längerfristige Maßnahmen im Bereich der Asyl- und Einwanderungspolitik vor. So hält sie an dem Zeitplan fest, bis 2012 ein **Gemeinsames Europäisches Asylsystem** zu etablieren und bekräftigt ihre Vorschläge zur Reform der Dublin-II-Verordnung. Weiterhin soll die **legale Migration** in der EU gezielter als bisher gelenkt werden, um qualifizierten Personen die Einwanderung in die EU zu erleichtern und zur Deckung des erwarteten Arbeitskräfte- und Qualifikationsmangels sowie zum Ausgleich der erwarteten Abnahme der Personen im arbeitsfähigen Alter beizutragen. Außerdem soll ein strategisches Konzept für die Beziehungen mit Drittländern in Bezug auf migrationsrelevante Themen erarbeitet werden.

Hinsichtlich der Debatte über den **Schutz der Außengrenzen** und eine mögliche Reform des Schengen-Systems fordert die Kommission u.a. eine weitere Stärkung der EU-Grenzschutzagentur FRONTEX und die Einführung eines geordneten Verfahrens auf europäischer Ebene hinsichtlich der temporären Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den Binnengrenzen durch einzelne Schengen-Mitgliedstaaten.

Am 09.06.2011 tagten die Innenminister der Europäischen Union in Luxemburg, um angesichts der neuen Herausforderungen über die Migrations- und Flüchtlingspolitik der EU zu beraten. In ihren Beschlüssen fordern die Innenminister indes vor allem den effizienteren Schutz der EU-Außengrenzen durch einen weiteren Ausbau der Grenzschutzagentur Frontex. Hinsichtlich der Aufnahme von Schutzsuchenden heißt es: „Der strategische Gebrauch des Resettlements von Flüchtlingen auf freiwilliger Basis sollte weiter geprüft werden“.³

Statistik: Die **Zahl der Asylanträge in Europa** war im Jahr 2010 insgesamt um 5% zurückgegangen, der Anteil Deutschlands ist jedoch im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Dieser Anstieg muss allerdings im Verhältnis zu dem Rekordtiefe bei den Asylantragszahlen 2009 in Deutschland gesehen werden. Die Asylozugangszahlen im Vergleich zum Vorjahr waren in Italien (-53%) und Malta (-94%) 2010 stark rückläufig (Deutschland +49%). Im Fünfjahreszeitraum 2006 - 2010 gab es pro Einwohner in Deutschland (1,6 Anträge pro 1.000 Ein-

³ Die Beschlüsse des Rates (in Englisch) unter:
http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/122508.pdf

wohner) deutlich mehr Asylanträge als in Italien (1,3), in Malta (19,1) hingegen ca. zwölfmal so viele wie in Deutschland. Derzeit liegt jedoch die Hauptlast der Flüchtlings- und Migrantenaufnahme in den beiden Transformationsstaaten in Nordafrika, Ägypten und Tunesien. Beide Länder haben große wirtschaftliche und soziale Herausforderungen zu bewältigen.

IV. Handlungsoptionen

EU-Rechtslage: Der Aufenthalt nicht schutzbedürftiger Migranten ohne Visum oder Aufenthaltstitel im Schengenraum ist grundsätzlich nicht legal. Die Aufnahmestaaten entscheiden über rechtlichen Status von Schutzsuchenden im Rahmen des EU-Asylrechts (inkl. Zurückweisungsverbot). Eine Rückführung nicht schutzbedürftiger Personen ins Herkunftsland ist grundsätzlich möglich.

Neben finanzieller oder organisatorischer Unterstützung für besonders betroffene Mitgliedstaaten stehen **drei Solidaritäts-Mechanismen** grundsätzlich zur Verfügung:

1. EU-Richtlinie zur Aufenthaltsgewährung zum vorübergehenden Schutz

Anwendbar bei „Massenzustrom“ von Migranten, erfordert Beschluss des Ministerrates mit qualifizierter Mehrheit, dann koordinierte Verteilung innerhalb EU auf freiwilliger Basis der Mitgliedstaaten; in Deutschland umgesetzt durch §24 Aufenthaltsgesetz, bisher nie angewendet.

2. Aufnahme von Personen aus dem Ausland nach Deutschland

Grundlage bietet §23 II AufenthG (Entscheidung BMI und Länder) sowohl für die Neuansiedlung von Personen aus dem Ausland (sog. „Resettlement“ in Kooperation mit UNHCR, z.B. genutzt zur Aufnahme von 2.500 irakischen Flüchtlingen aus Jordanien und Syrien) als auch für die Umsiedlung von Schutzsuchenden innerhalb der EU (sog. „Relocation“, s.o. bei Malta). Daneben Aufnahmemöglichkeiten in konkreten Einzelfällen (§22 AufenthG).

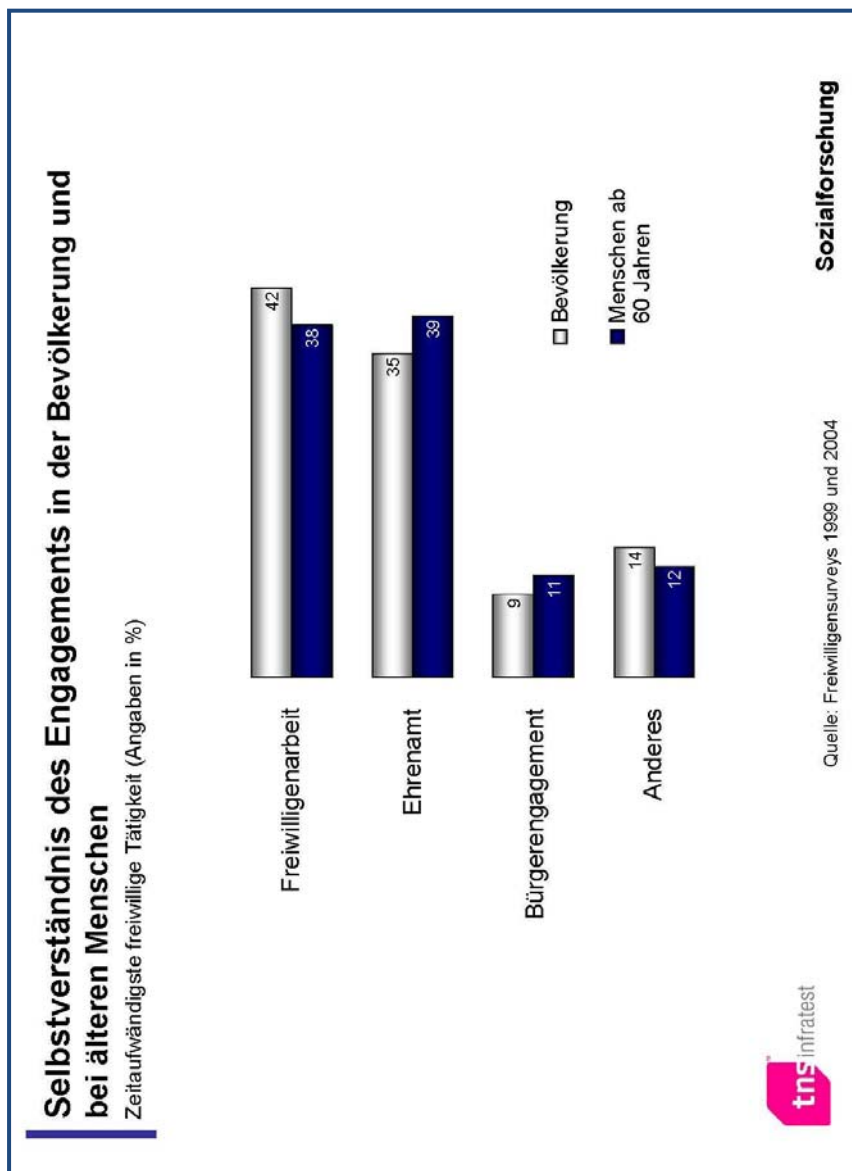
3. Dublin-Verfahren

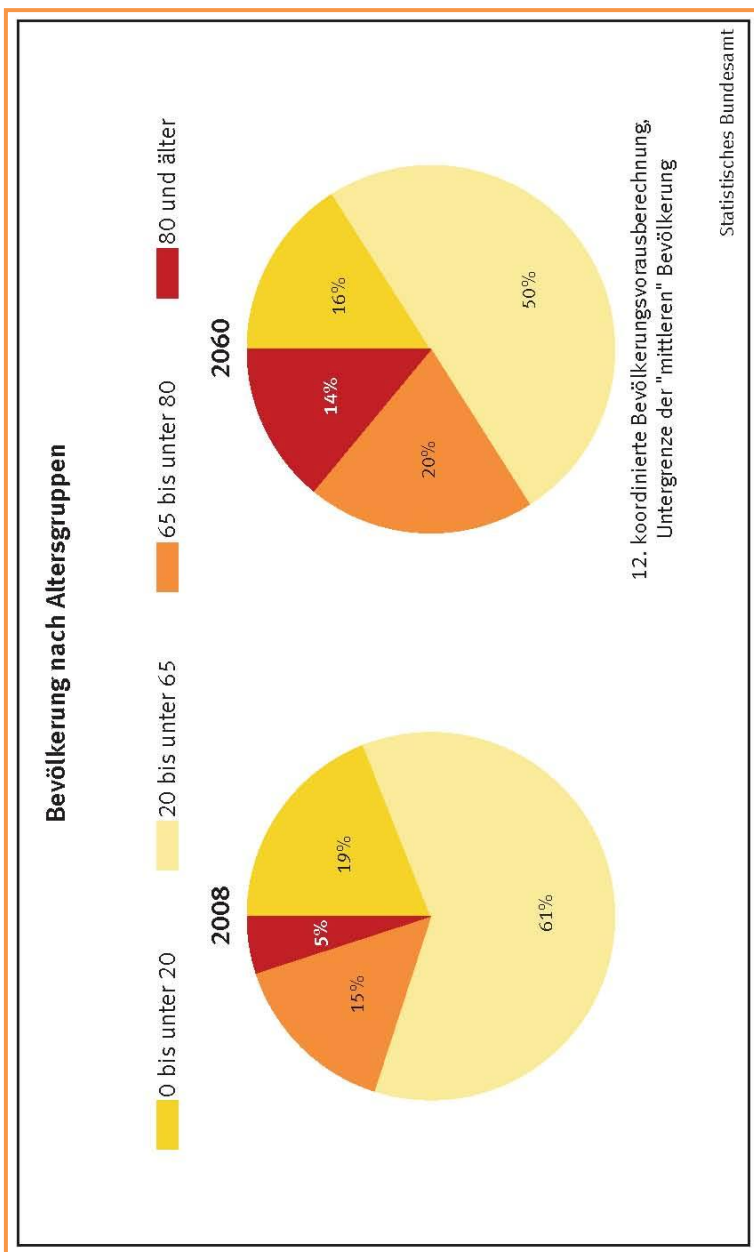
Für die Durchführung des Asylverfahrens ist gemäß der sog. Dublin-II-Verordnung i.d.R. der Staat der ersten Einreise in der EU zuständig. Sofern Schutzsuchende in andere Staaten weiterziehen, können diese eine Rücküberstellung an den zuständigen Staat erwirken - oder (z.B. angesichts von erheblichen Mängeln im Asylsystem des zuständigen Staats) selbst das Verfahren durchführen, sog. „Selbsteintrittsrecht“. Deutschland hat auf dieser Grundlage Rücküberstellungen nach Griechenland bis Januar 2012 ausgesetzt. Die Europäische Kommission hat eine Änderung der Verordnung vorgeschlagen, die u.a. einen Notfallmechanismus vorsieht: die Überstellungsmechanismen sollen ausgesetzt werden können, wenn der zuständige Mit-

gliedstaat besonderem Druck ausgesetzt ist oder wenn zu befürchten ist, dass das Schutzniveau in dem betreffenden Staat unzureichend ist.

V. Forderungen

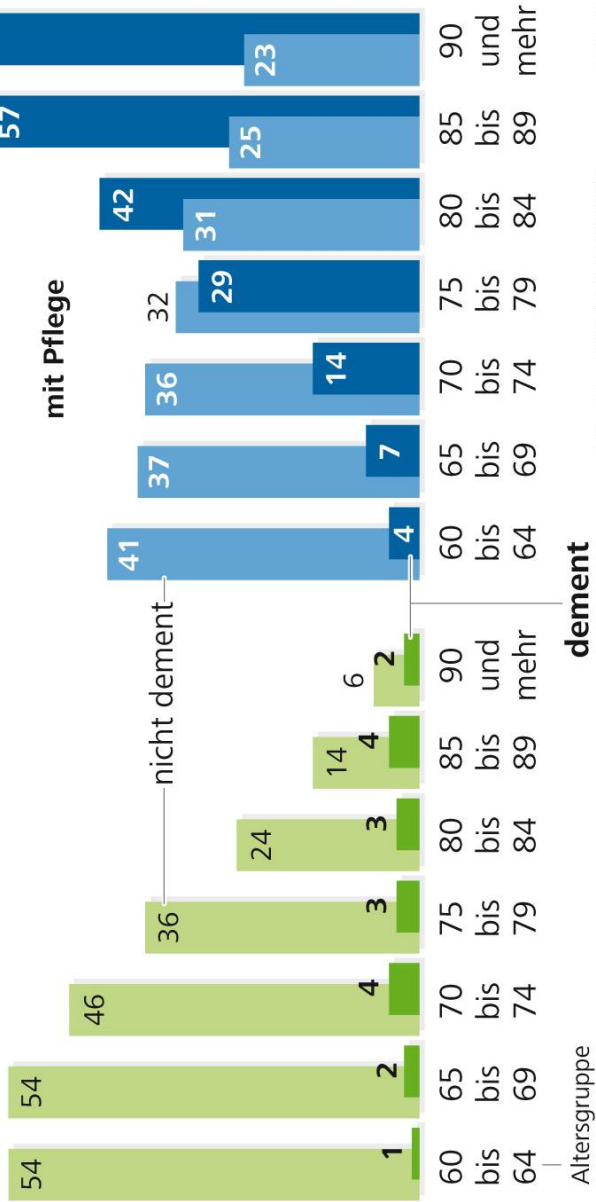
- ⇒ Die **Menschenrechte** von Flüchtlingen und von Personen, die in Europa Arbeit suchen, sind gemäß Artikel 4 der Europäischen Menschenrechtskonvention an jedem Ort ihres Aufenthaltes zu gewährleisten. Abschiebungen dürfen nur dann durchgeführt werden, wenn am Zielort keine Bedrohung durch Menschenrechtsverletzungen befürchtet werden muss.
- ⇒ Der **Zugang** zu einem fairen und zügigen Asylverfahren für Schutzsuchende ist in allen EU-Mitgliedstaaten zu gewährleisten.
- ⇒ Deutschland sollte weiterhin die **europäische Harmonisierung des Asylrechts** unterstützen und sich für hohe Mindeststandards einsetzen.
- ⇒ Eine Veränderung der **Dublin-II-Verordnung** durch Aufnahme eines Notfallmechanismus und Entwicklung eines Instruments zur solidarischen Verantwortungsteilung unter den EU-Mitgliedstaaten ist dringend geboten.
- ⇒ Die Bundesregierung sollte sich dafür einsetzen, dass die Erfüllung der im internationalen Seerecht verankerten Pflicht zur **Seenotrettung** nicht durch drohende Strafverfahren und Einlaufverbote für Schiffe mit geretteten Flüchtlingen an Bord verhindert wird.
- ⇒ Es ist zu prüfen, ob bei FRONTEX eine **unabhängige Kontrolle** eingerichtet wird, die ein wirksames Monitoring der Einhaltung von Menschenrechten erlaubt.
- ⇒ Ein reguläres **Programm zur Neuansiedlung** von Flüchtlingen (Resettlement) in den EU-Staaten sollte mit maßgeblicher deutscher Beteiligung aufgebaut werden.
- ⇒ Darüber hinaus sollte eine Aufnahme der 8.000 vom UNHCR registrierten Flüchtlinge erfolgen, die derzeit in Tunesien und Libyen festsitzen.
- ⇒ Es bedarf **einer kohärenten Europäischen Migrationspolitik** unter Berücksichtigung des Arbeitskräftebedarfs, der flüchtlingspolitischen Verantwortung im globalen Kontext sowie der Entwicklungszusammenarbeit.





Demenz: Rapider Anstieg bei Hochbetagten

Anteile einer Altersgruppe* in %
 *der in den Jahren 2005 bis 2009 verstorbenen Frauen
 (Werte für Männer tendenziell ähnlich)

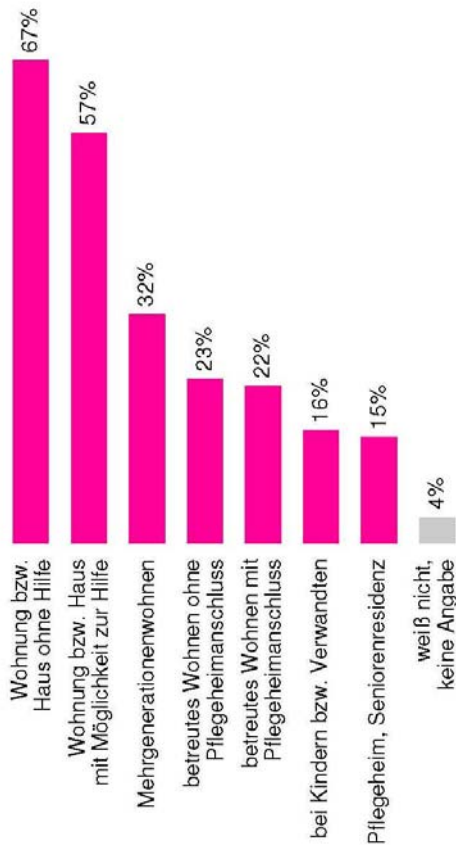


Quelle: BARMER GEK Pflegereport 2010

Wohnformen im Alter

Zwei Drittel bevorzugen eigenständiges Wohnen im Alter von 70 Jahren

Mehrfachnennungen möglich



Frage: [Je nach Befragtenalter] Wie wollen Sie wohnen, wenn Sie 70 Jahre alt sind? Wie wohnen Sie derzeit?
 Wie haben Sie gewohnt, als Sie 70 Jahre alt waren?

Basis: 1.100 Befragte ab 50 Jahren



**Ansprache im Kapitelsaal des Augustinerklosters zu Erfurt anlässlich des
Besuches von Papst Benedikt XVI.**

Nikolaus Schneider, Vorsitzender des Rates der EKD

23. September 2011

Von Herzen freue ich mich darüber, dass Sie, Eure Heiligkeit, lieber Bruder in Christus, unsere Einladung nach Erfurt angenommen haben. Sehr gerne begrüße ich Sie und Ihre Delegation sowie die Geschwister aus den reformatorischen Kirchen heute in dem Raum, in dem Martin Luther in den Orden der Augustiner-Eremiten aufgenommen wurde. Das Augustinerkloster in Erfurt prägt unsere Begegnung.

Christinnen und Christen unserer beiden Kirchen leben in dieser Stadt in der Diaspora. Ihr Zusammenleben und ihr gemeinsames Zeugnis werden von dem Wissen und der Erfahrung gestärkt, dass uns viel mehr verbindet als trennt. Zu den gemeinsamen Gaben gehört unser Verständnis der Heiligen Schrift als ‚Wort des lebendigen Gottes‘. Sie leitet unsere Kirchen dazu an, Gott als den Schöpfer und Herrn der Welt ‚zu fürchten und zu lieben‘ und ein dem Leben zuträgliches Maß menschlicher Lebensentfaltung zu finden.

In der Heiligen Schrift ermutigt uns im Epheserbrief die Bitte, „... dass Christus durch den Glauben in euren Herzen wohne und ihr in der Liebe eingewurzelt und gegründet seid.“ Damit auch die daraus folgende Verheißung wahr wird: „So könnt ihr mit allen Heiligen begreifen, welches die Breite und die Länge und die Höhe und die Tiefe ist, auch die Liebe Christi erkennen, die alle Erkenntnis übertrifft, damit ihr erfüllt werdet mit der ganzen Gottesfülle.“ (Eph. 3,17f)

Im Vertrauen auf dieses Gebet beschreiten wir unseren ökumenischen Weg. Daraus gewinnt das Ringen um ökumenische Gemeinschaft Zuversicht und unser Christuszeugnis seine überzeugende Kraft.

Denn gerade in der Diaspora stärkt ökumenische Gemeinschaft uns in unserem Auftrag, ‚Botschafter und Botschafterinnen an Christi statt zu sein‘; weil wir gemeinsam einladen: „Lasst euch versöhnen mit Gott“ (2. Kor. 5, 20).

Das Vertrauen auf das Wirken dieser Fürbitte hält die Hoffnung lebendig, unseren „Eigen-Sinn“ überwinden zu können und getrennt gewachsene Traditionen als gemeinsame Gaben zu verstehen. Danach sehnen sich viele Menschen in allen Regionen Deutschlands - vor allem die Gläubigen, die in konfessionsverbindenden Ehen und Familien leben. Für uns alle wäre es ein Segen, ihnen in absehbarer Zeit eine von Einschränkungen freiere eucharistische Gemeinschaft zu ermöglichen.

Der Geist Gottes hat uns dahin geleitet und der nüchterne Blick auf unsere Geschichte hat uns dahin geführt, dass wir die Feindschaft gegeneinander überwunden haben. Unseren Glauben leben wir in vielerlei Gestalt schon jetzt gemeinsam.

Das ist ein großer Fortschritt! In getrennten Kirchen sind wir freundschaftlich verschieden – dafür sind wir dankbar.

Aber damit können wir nicht zufrieden sein – nicht im Blick auf Christi Gebet um die ‚Einheit in seiner Nachfolge, damit die Welt glaube‘ (vgl. Joh. 17,21) und auch nicht im Blick auf die großen gemeinsamen Herausforderungen angesichts von Gott-Vergessenheit, Orientierungslosigkeit und Verunsicherung.

Deswegen ist es an der Zeit für eine „Ökumene der Gaben“, in der unsere Charismen sich ergänzen und einander erhellen.

Über unsere Erkenntnisfähigkeit sagt der Apostel Paulus: „Wir sehen jetzt durch einen Spiegel ein dunkles Bild;“ (1. Kor. 13,12). Es entspricht dem Realismus dieser Aussage, dass wir einander ergänzen müssen, um das Bild aufzuhellen. Sie, lieber Bruder in Christus, haben wesentlich Anteil daran, dass dies in der gemeinsamen Erklärung zur Rechtfertigungslehre gelungen ist. Auch der „Ökumenische Arbeitskreis evangelischer und katholischer Theologen“ trägt dazu bei, dass unsere Stimmen in versöhnter Verschiedenheit zusammenklingen und nun praktische Früchte tragen können.

Im Zusammenklang unserer je besonderen Gaben mag es gelingen, so von Gott zu reden, dass Menschen in ihm eine Adresse für ihre Sehnsüchte, Fragen und Ratlosigkeiten wie auch für ihre vermeintlichen Sicherheiten wahrnehmen.

Wir erkennen das Sakrament der Taufe wechselseitig an. Menschen in die Kirche als dem Leib Christi einzugliedern, trauen wir einander zu und vertrauen wir einander an. Darauf können wir bauen und weitere konkrete Schritte zu mehr Gemeinsamkeit wagen.

Die Kirchen der Reformation verstehen sich als „Kirche der Freiheit“. Damit meinen wir eine Freiheit, die sich im „Ja“ zu Jesus Christus gründet - nicht eine unverbindliche Beliebigkeit. Denn wir haben von den Reformatoren und im Grunde vom Kirchenvater Augustinus gelernt, dass nur die Freiheit, die im Zusammenspiel von Freiheit und Bindung begriffen wird, wahre Freiheit ist.

Diese augustinisch gegründete Theologie der Reformation ist unsere besondere Gabe in einer weltweiten Christenheit.

Wenn Ihre Diagnose zutrifft, dass von der spätmittelalterlichen Theologie des vereinzelt, tief über Gott und Welt verunsicherten Menschen Linien in die Moderne führen, dann gilt doch auch, dass das theologische Konzept Luthers und der Reformatoren, sich von Gott Gewissheit angesichts aller solcher Verunsicherung schenken zu lassen, so aktuell ist wie nie. Das gilt für die evangelischen Kirchen. Aber gilt das nicht auch für unsere römisch-katholische Schwesterkirche und für die ganze anders- und nichtglaubende, aber ebenfalls zutiefst verunsicherte Welt – gerade in dieser äußerst krisenhaften Zeit?

Lieber Bruder in Christus, die Steine können es bezeugen: Martin Luther wurde an diesem Ort Augustiner-Eremit. Im Dom wurde er zum Priester geweiht, in der Klosterkirche las er seine Primiz, die erste Messe.

Verbindet ihn nicht Wesentliches mit der römisch-katholischen Kirche, das auch bleibt? Ist der Erfurter Augustinermönch Martin Luther nicht auch als ein Scharnier zwischen unseren Kirchen zu verstehen, weil er zu beiden Kirchen gehört?

Die Reformatoren haben die Reformation als Umkehr der Kirche zu Christus verstanden. Reformation als Umkehr zu Christus ist uns Christenmenschen, allen kirchlichen Amtsträgern und Amtsträgerinnen und doch auch den Institutionen täglich aufgetragen!

Ich werbe dafür, von 2000 Jahren gemeinsamer Kirchengeschichte zu sprechen, und nicht allein von 1500 Jahren. Auch nach 1517 blieben wir als „Westliche Kirchen“ in besonderer Weise aufeinander bezogen - im Guten und im Bösen, in heilsamem Wirken miteinander aber auch in tödlicher Feindschaft gegeneinander.

Es ist meines Erachtens an der Zeit, im Blick auf das bevorstehende Reformationsjubiläum 2017 die Erinnerungen an die gegenseitigen Verletzungen in der Reformationszeit und der ihr folgenden Geschichte unserer Kirchen zu heilen und konkrete Wege der Aussöhnung zu gehen. Dazu möchte ich Sie gerne einladen.

Der Geist triumphalistischer Großspurigkeit wird das Reformationsjubiläum nicht prägen. Vielmehr laden wir alle Christenmenschen ein, sich gemeinsam mit uns darüber zu freuen, dass Gott der ganzen Kirche eine starke Theologie der Gewissheit in Zeiten höchster Verunsicherung geschenkt und für die ganze Christenheit in den letzten fünfhundert Jahren lebendig gehalten hat.

Daher möchte ich Sie, lieber Bruder in Christus, bitten, den 31. Oktober 2017 als ein Fest des Christusbekenntnisses zu verstehen und mit den Kirchen der Reformation zu feiern, so dass wir alle in ökumenischer Verbundenheit Christus bezeugen, „damit die Welt glaube“.

Ich freue mich auf den Gottesdienst, den wir gleich gemeinsam feiern werden. Gott segne Sie und unsere ökumenische Gemeinschaft.

**Ausgewählte Termine, die der Landessuperintendent
(außerhalb der üblichen Termine im Landeskirchenamt)
für die Lippische Landeskirche wahrgenommen hat
Zeitraum: 24. November 2010 bis 20. November 2011**

24.11.2010	Bischöfe-Präsides-Konferenz in Schwerte
26.11.2010	Kuratorium Seminar f. pastorale Ausbildung in Wuppertal
28.11.2010	Gottesdienst 50 Jahre Kirche in Retzen
30.11.2010	Teilnahme an der Verabschiedungsfeier Prof. Fischer Hochschule OWL in Lemgo
01./02.12.2010	Präsidium der UEK und Kirchenkonferenz der EKD mit Verabschiedung/Einführung des Präsidenten der EKD in Hannover
07.12.2010	Behördenleitertreffen Bezirksregierung/Scan-Stelle
08.12.2010	Gemeinsame Sitzung der Landeskirchenämter NRW in Schwerte
10./11.12.2010	Vortrag in einem Seminar der Kirchlichen Hochschule Wuppertal ¹ und Teilnahme an der Veranstaltung „Reformierte Kirchenleitung und reformierte Theologie“ des Reformierten Bundes in Wuppertal
11.12.2010	Teilnahme am Adventskonzert auf Einladung von Ministerpräsidentin Kraft in Soest
12.12.2010	Adventsfeier CVJM in Stapelage
21.12.2010	Teilnahme an der Weihnachtsfeier diakonis
24.12.2010	Familiengottesdienst in Lüdenhausen
16./17.01.2011	Konstituierende Sitzung Lippische Landessynode
20.01.2011	Vortrag Reformierte Theologie Universität Göttingen
21.01.2011	Teilnahme am Diakonie-Workshop in Bad Meinberg Teilnahme an Symposium und Empfang anl. des 60. Geburtstages von Vizepäsident Winterhoff in Bielefeld
22.01.2011	Prädikantenausbildung in Lemgo
23.01.2011	Gottesdienst in Asemissen-Bechterdissen
28.-30.01.2011	Begegnungstagung der EKD in Schwerte
07.02.2011	Gespräch zwischen den Kirchen und den westfälischen Regierungspräsidenten in Meschede
13.02.2011	Gottesdienst in Almena
16.02.2011	Dezernatsrunde Islam in Bielefeld
22.02.2011	Teilnahme am Pfarrkonvent Horn
26.02.2011	Fragestunde Konvent der Theologiestudierenden und Vikare in Horn
27.02.2011	Gottesdienst in Hohenhausen
01.03.2011	Kabinettsgespräch in Düsseldorf
02.03.2011	Besuch eines Seminars für Bundeswehroffiziere im Kloster Brenkhausen, Höxter ¹
03.-05.03.2011	WCRC Europe Area Council Meeting in Prag
10.03.2011	Teilnahme am Pfarrkonvent Detmold

11.03.2011	Dezernatskonferenz Gemeinsames Pastoralkolleg Haus Villigst und Kuratorium Seminar f. pastorale Ausbildung in Schwerte
12.03.2011	Prädikantenausbildung in Reelkirchen
18./19.03.2011	Moderamen des Reformierten Bundes in Detmold
21.03.2011	Johannes a Lasco-Bibliothek in Emden
23./24.03.2011	Präsidium der UEK und Kirchenkonferenz der EKD in Hannover
25.03.2011	Sitzung Geistlicher Rat Paderborn und Landeskirchenrat in Paderborn
26.03.2011	Kirchenältestentag
27.03.2011	Hauptversammlung des Evangelischen Bundes in Gütersloh Podium und Abendgottesdienst
29.3.-03.04.2011	Partnerschaftsbegegnung „andere sichten“ in Lippe
08./09.04.2011	Theologische Kommission der Norddeutschen und Festgottesdienst 175 Jahre Norddeutsche Mission in Bremen
13.04.2011	Bischöfe-Präsides-Konferenz und Gemeinsame Sitzung der Landeskirchenämter NRW in Paderborn
17.04.2011	Gottesdienst in Alverdissen
25.04.2011	Gottesdienst in Silixen
03.05.2011	Jury Lions Sozialpreis in Detmold
08.05.2011	Ökumenischer Vespertag in Rheda
09.05.2011	Gespräch Kirche und Wirtschaft in Detmold
16.05.2011	Amtliche Pfarrkonferenz in Lemgo
17.-25.05.2011	Internationale Ökumenische Friedenskonvokation in Kingston/Jamaika ¹
27.05.2011	Klassentag Bösingfeld
28.05.2011	Klassentag Bad Salzuffen
30.05.2011	Klassentag Brake
31.05.2011	Dezernatskonferenz Gemeinsames Pastoralkolleg in Bielefeld Verleihung Lions Sozialpreis in Detmold
01.-05.06.2011	Kirchentag in Dresden ¹
10.06.2011	Teilnahme an der Trauerfeier für die gefallenen Soldaten aus Augustdorf in der Heilig Kreuz Kirche in Detmold ¹
11.06.2011	Prädikantenausbildung in Bösingfeld
15.-19.06.2011	Pfarrerfortbildung auf Juist
21.06.2011	Preisverleihung Gemeindestiftung Lippe in Bad Salzuffen
30.06.2011	Kirchenkonferenz der EKD in Berlin
01./02.07.2011	Lippische Landessynode
03.07.2011	Eröffnung „Pilgerweg in Lippe“ m. anschl. Gottesdienst in Horn
04.07.2011	Evangelisch-Katholischer SeelsorgerInnen-Tag „Pilgern“
07.07.2011	Gespräch VELKD und UEK und Präsidium UEK in Hannover
08./09.07.2011	Moderamen des Reformierten Bundes in Wuppertal

25.-29.08.2011	Besuch der Partnerkirche Litauen in Birzai
31.08./01.09.2011	Treffen der Leitenden Geistlichen der EKD und Kirchenkonferenz der EKD in Hannover
10.09.2011	Prädikantenausbildung in Detmold
15.-18.09.2011	Polen-Litauen-Lippe-Konsultation in Warschau
26.09.2011	Klassentag Brake
27.09.2011	Vortrag beim Rotary Club Lemgo ¹
28.09.-01.10.2011	Moderamen und Hauptversammlung Reformierter Bund in Emden
02.10.2011	Gottesdienst in Langenholzhausen
05.10.2011	Gottesdienst in Bartrup
06.10.2011	Kuratorium Johannes a Lasco-Bibliothek in Emden
07.10.2011	Fragestunde Konvent der Theologiestudierenden und Vikare in Horn Teilnahme an der Eröffnung der 30. Intern. Orgeltage in Lemgo
08.10.2011	Klassentag Bösingfeld und Bibeltag der Lippischen Bibelgesellschaft
09.10.2011	Gottesdienst in Wöbbel
10.10.2011	Vortrag in der VHS in Lage ¹
14.10.2011	Empfang der Kirchen in Lemgo
15.10.2011	Kolloquium Prädikantenausbildung in Detmold Grußwort beim Jubiläumskonzert Gossner Mission in Bad Salzuflen Einweihung der Kapelle des MBK in Haus Stapelage
18.10.2011	Parlamentarischer Abend und 50 Jahre Evangelisches Büro in Düsseldorf
21.10.2011	Kuratorium Hochschule für Musik in Detmold
23.10.2011	Festgottesdienst 500 Jahre Wiederaufbau Alexanderkirche in Oerlinghausen
27.10.2011	Vortrag beim Kirchenkreis Lennep ¹
31.10.2011	Reformationsgottesdienst in der Kreuzkirche in Bonn ¹
04.-10.11.2011	Vollversammlung der UEK und Synode der EKD in Magdeburg
11.11.2011	Teilnahme an Einweihungen in Eben-Ezer
12.11.2011	Gottesdienst zum Abschluss der Prädikantenausbildung
13.11.2011	Berufung und Beauftragung von Prädikantinnen in Reelkirchen
14./15.11.2011	Klausurtagung der Superintendentinnen und Superintendenden in Oberkirchen
20.11.2011	Gottesdienst in Falkenhagen

an versch. Terminen	Gottesdiensttätigkeit in der ev.-ref. Kirchengemeinde Detmold-West
an versch. Terminen	Teilnahme an Kirchenvorstandssitzungen in verschiedenen Kirchengemeinden

¹ auch im Nebenamt als Militärbischof